

REGIONAL ZUSAMMEN WACHSEN

Auftakt für einen neuen Regionalplan

Dokumentation

Diese Broschüre dokumentiert die Auftaktveranstaltung am 03.09.2010 zur Fortschreibung des Regionalplanes im Regierungsbezirk Düsseldorf. Ein anvisierter neuer Landesentwicklungsplan, ein neuer Planungsraum, vor allem aber die Notwendigkeit, sich wandelnden Rahmenbedingungen mit geänderten Zielen und Strategien zu stellen, haben den Düsseldorfer Regionalrat veranlasst eine neue Regionalplanung vorzubereiten. Vor diesem Hintergrund wurden die Schlüsselakteure der Region eingeladen, sich über Ideen und Chancen für die regionale Zukunft auszutauschen.

Kontakt

Bezirksregierung Düsseldorf
Geschäftsstelle des Regionalrates
Cecilienallee 2
40474 Düsseldorf

fon: 0211-475-2358

fax: 0211-475-2300

regionalrat@brd.nrw.de

www.brd.nrw.de





Inhaltsverzeichnis

I. Auftaktveranstaltung zum neuen Regionalplan

Eröffnung	
Herr Landrat Petrauschke (Vorsitzender des Regionalrats)	02
Grusswort	
Frau Regierungspräsidentin Lütkes	04
Neue Ziele für die Region	
Frau Schmittmann	06
Regionale Zusammenarbeit, regionales Wachstum – Neue Impulse für eine pulsierende Region	
Herr Dr. Molitor (Geschäftsführung Region Köln/Bonn e.v.)	10
Regionale Strategien – Chancen in Zeiten des demographischen Wandels	
Herr Prof. Dr.-Ing. Vallée (RWTH Aachen)	16
Klima- und Umweltschutz – Anforderungen an Regionalpläne angesichts neuer globaler Herausforderungen	
Herr Prof. Dr. Diller (Justus-Liebig-Universität Gießen)	22
Ein neuer Stil in der Raumplanung: Entwicklungsorientierung und Zusammenarbeit im Rahmen der »Gebietsentwicklung«	
Herr Arjen van der Burg (Ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke Ordening en Milieubeheer)	28

II. Ausblick auf den zukünftigen Prozess

Neue Perspektiven für die Region	
Herr Landrat Petrauschke (Vorsitzender des Regionalrats)	34



I. Auftaktveranstaltung zum neuen Regionalplan

Eröffnung

Herr Landrat Petrauschke (Vorsitzender des Regionalrats)

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin Lütkes,
 sehr geehrte Vertreter der Kommunen und Verbände,
 sehr geehrter Herr Landesplaner Gaedtke,
 sehr geehrte Referenten,
 sehr geehrte Mitglieder des Regionalrates und der Verwaltung,
 Meine Damen und Herren,
 herzlich willkommen zur Auftaktveranstaltung für die Fortschreibung des Regionalplans.

Als Regionalratsvorsitzender freue ich mich sehr, dass Sie die Einladung in die Düsseldorfer Altstadt angenommen haben. Ich möchte Sie heute durch die Veranstaltung führen; in zwei Stunden, so hoffe ich, werden wir alle bereits erste neue Ideen und Denkanstöße für die Zukunft unserer Region haben und darüber beim Altbier diskutieren. Vor allem aber hoffe ich, dass der heutige Tag neue Begeisterung für regionales Denken weckt.

Meine Damen und Herren,
 unsere Region zählt zu den attraktivsten nicht nur in Deutschland. Hier gibt es leistungsfähige Unternehmen, gut ausgebildete Menschen, beeindruckende Landschaften und eine sehr gut ausgebaute technische und soziale Infrastruktur. Die Ausgangssituation für die zukünftige Entwicklung dieser Region ist somit ausgesprochen gut.

Die Raumnutzungskonflikte und -konkurrenzen sind aber groß. Die Auseinandersetzungen um den Kiesabbau sind uns allen noch gut in Erinnerung und auch die Koordinierung der Wohn- und Gewerbeflächenauswahl zählt seit langem zu Dauerbrennern der Düsseldorfer Raumordnung.

In der Zukunft werden wir zudem den Raum finden müssen, um den notwendigen und von Allen gleichermaßen gewollten Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben. Ein brandaktuelles Thema, wie Sie wissen. Auch auf die Entwicklungen im Bereich Agro-Business müssen wir Antworten finden.

Generell nimmt der Außenbereich als Wirtschaftsraum an Bedeutung zu. Viele dieser Vorhaben reichen von ihren Auswirkungen her weit über das Gebiet einzelner Kommunen hinaus. In einem solch dicht besiedelten Raum wie dem unserem erfordert dies intelligente regionale Entwicklungskonzepte und Regeln.

Dabei sind mir vor allem auch die Chancen wichtig. Wenn wir neue Entwicklungen wie z.B. den Boom der erneuerbaren Energien sehen, dann sollten wir überlegen, wie wir deren ökonomische Potentiale für uns

nutzen können – ohne den Raum dabei zu überfordern. Natürlich werden wir uns auch anderen wichtigen Themen stellen müssen wie dem demographischen Wandel. Die Regionalplanung kann diesen zwar nicht aufhalten, aber sie kann und muss mit dazu beitragen, dass die Konsequenzen für unsere Kommunen und Infrastruktur bewältigbar bleiben. Unsere Region muss attraktiv bleiben und auch neue Bevölkerung anziehen.

Wir sollten in jedem Fall bei der Fortschreibung des Regionalplans nicht nur passiv reagieren sondern aktiv agieren!

Wir wollen überlegen, welche ganz neuen Entwicklungen wir für unsere Region anschieben können, wo unsere Zukunftschancen liegen. Der neue Regionalplan soll nicht nur schützen, sondern vor allem auch aktiv vorantreiben. Es geht darum, Impulse zu setzen und dabei auch Themen zu prüfen und zu besetzen, die wir bisher vielleicht noch nicht im Blick hatten.

Ich bin mir sicher, dass die verschiedenen Fachreferenten uns heute Anstöße dazu geben können. Damit diese Anstöße aber auch über diesen Raum hinaus Gehör finden, werden wir ein Video dieser Veranstaltung später ins Internet einstellen.

Nun ist es mir aber eine Ehre, das Wort zunächst einmal an Frau Lütke zu übergeben, unsere neue Regierungspräsidentin, der ich noch einmal in aller Öffentlichkeit für ihr neues Amt viel Glück wünschen möchte. Ich habe Sie bereits in ihrem neuen Sitz besucht, und ich freue mich, Sie jetzt auch hier bei uns begrüßen zu dürfen.





Grusswort Frau Regierungspräsidentin Lütkes

Sehr geehrter Herr Regionalratsvorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass mit Ihnen ein so hochkarätiges Publikum hier zusammengekommen ist, um über eines der wichtigsten Themen für die Zukunft unseres Regierungsbezirkes zu sprechen: Der Entwicklung neuer Planungsziele für die Region.

Gestatten Sie eine persönliche Vorbemerkung. Es ist unsere erste sozusagen offizielle Begegnung, seitdem ich das Amt der Regierungspräsidentin ausübe. Allerdings bin ich nun seit drei Wochen in und für diese Region unterwegs und habe schon die Erfahrung gemacht, nicht mehr „neu“ zu sein. Ich möchte mich deshalb bei Ihnen allen für die direkten und indirekten Willkommenswünsche und zum Teil schon sehr positive Begleitung bei unserer gemeinsamen Arbeit bedanken.

Der Regionalrat des Bezirks Düsseldorf hat die heutige Auftaktveranstaltung zur Überarbeitung des Regionalplans unter das Motto gestellt: REGIONAL zusammen WACHSEN; im Frühjahr dieses Jahres hat der Regionalrat den „Startschuss“-Beschluss gefasst. Damit wurde der Beginn eines notwendigen, aber auch spannenden Dialogprozesses eingeläutet, der zu bedeutenden Weichenstellungen für unsere Region führen kann. Denn der neue Regionalplan wird nicht „einfach“ vorgestellt, sondern er soll von Beginn an die Wünsche der regionalen Akteure beinhalten. Die Entwicklung tragfähiger Konzepte ist ganz entscheidend von der Mitwirkung von Ihnen, von den regionalen Interessenvertretern, den Verantwortlichen vor Ort abhängig.

In den bisherigen Diskussionen im Regionalrat und in den Ausarbeitungen der Verwaltung sind schon wichtige zentrale Fragestellungen thematisiert worden. Hierzu gehören die Klimaveränderung und Energienutzung, der demographische Wandel, die kommunenübergreifende Zusammenarbeit und natürlich auch die Zukunftsforderungen unserer regionalen Wirtschaft. Das Programm des heutigen Tages nimmt diese Themen auf: Wichtig erscheint mir, dass wir gemeinsam künftig gültige Regeln erstellen, die einen für die Zukunft tragfähigen Entwicklungskorridor schaffen. Er soll es ermöglichen, Städte, Gemeinden und andere gesellschaftliche Akteure in der Region gemeinsam voranzubringen.

Für die gewünschte positive Entwicklung unserer Region ist die kommunale Selbstverwaltung eine Grundfeste. Sie ist Basis für Ihre Initiativen als Kreise, Städte und Gemeinden und nicht zuletzt für den Regionalrat. Sie wissen, dass ich persönlich und politisch aus Köln stamme. Mithin ist mir bekannt, dass Kommunen durchaus einen gewissen lokalen Eigensinn entwickeln können; gerade im Rheinland. Aber auch das Rheinland kennzeichnet eine im Grundsatz positive Zukunftsorientiertheit, die Basis dafür sein wird, davon bin ich überzeugt, dass wir gemeinsam regionale Stärken weiterentwickeln können in wechselseitigem gegebenem Vertrauen. Eine Vielzahl von Kirchtürmen ist nicht entscheidend, obwohl – gestatten Sie mir den Einwurf – die

Kirchen natürlich im Dorf bleiben sollten. Entscheidend ist das Miteinander und die gelebte Solidarität derer, die in der Region leben, lernen, wohnen und arbeiten. Hier sind wir sicher nicht am Beginn einer Entwicklung. Das Rad ist nicht neu zu erfinden, aber der neue Regionalplan ist notwendig. Der Startschuss-Beschluss war und ist ein wichtiges Aufbruchsignal.

Meine Damen und Herren,
die zentrale Zukunftsaufgabe in einer solch dicht besiedelten Region wie der unseren ist die Organisation, die Planung der Nutzung des Raumes. Es gilt, alle Raumannsprüche aus einer regionalen Perspektive zu einem möglichst harmonisch zusammenwirkenden Ganzen zusammenzubringen und Synergieeffekte zu nutzen. Ob Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen oder die mit eigenem Recht versehene Natur, jeder und jede werden in Zukunft ihre berechtigten Flächenansprüche verwirklichen wollen. Hochwertige Naturlandschaften, produktive Industrien, fließender Verkehr und gesunder Wohnraum für die Menschen gilt es zu schützen und zu garantieren. Von besonderer Bedeutung, diese Anmerkung wird Sie nicht erstaunen, ist dabei angesichts unserer globalen generationsübergreifenden Verantwortung der Klimaschutz. Hierfür kann und soll die Regionalplanung wesentliche Beiträge leisten. Es gilt, die großen ökonomischen Chancen klimaschonender Technologien in unserer Region zu erkennen und in der Perspektive die ökologischen und wirtschaftlichen Aspekte und Interessen zu versöhnen. In dem Ausbau klimaschonender Technologien für unsere Region kann auch eine große ökonomische Chance liegen, die Potenziale für regionale Beschäftigungs- und Wertschöpfungsgewinne und damit auch für die kommunale Einnahmesituation mit sich bringen kann. Das Ausbalancieren unterschiedlicher Interessen und Ansprüche an die Raumnutzung ist die klassische Aufgabe der Raumordnung, die wir uns als Regionalplanung vornehmen.

Die Überarbeitung der Vorhaben des Regionalplans wird in den nächsten Jahren eine der wichtigsten Prozesse unserer Region sein. Die Regionalplanungsbehörde wird den Regionalrat dabei nach Kräften unterstützen. Ich hoffe aber, dass Sie alle, aber auch die Bürgerinnen und Bürger aktiv die Debatte um die Veränderung die Entwicklung des Regionalplans beeinflussen. Ihre Positionen und Anregungen brauchen wir als neue Impulse für unsere sich entwickelnde und global gewichtige Region. Die raumordnerischen Ideen aus der Region werden sicherlich auch einfließen in den parallelen Prozess der Erarbeitung eines neuen Landesentwicklungsplans für das gesamte Land Nordrhein-Westfalen.

Ihr Engagement für die räumliche Planung ist also von hoher Aktualität und Bedeutung. Diese Bedeutung anerkennt auch die Landesregierung. Seit der Neuordnung der Zuständigkeiten in der Landesregierung ist die Raumordnung wieder bei der Staatskanzlei angesiedelt. Ihr Charakter als zusammenfassende, überörtliche und fachübergreifende Planung wird damit angemessen deutlich. Auch ich persönlich sehe es als eine meiner wichtigen Aufgaben an, den Regionalrat bei der Neuaufstellung des Regionalplans zu unterstützen. Raumordnung braucht jede wirkungsvolle Unterstützung, um den notwendigen Ausgleich fachlicher oder sektoraler Einzelinteressen herbeiführen zu können. Ich bin sicher, dass wir mit der heutigen Veranstaltung einen großen Schritt bei dieser gemeinsamen Entwicklungsarbeit tun.

Ich wünsche Ihnen und uns einen Prozess der Offenheit und Transparenz unter großer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Dass dies heute hier so beginnen kann, ist nur möglich, weil die Landeshauptstadt Düsseldorf uns diesen guten Veranstaltungsort bereit gestellt hat. Leider ist der Plenarsaal der Bezirksregierung kurzfristig wegen unabdingbar notwendiger Bauarbeiten nicht verfügbar. Meine Damen und Herren, herzlichen Dank dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf. Herzlichen Dank ferner an die Referenten im Voraus.

Herzlichen Dank aber vor allem Ihnen allen, dass Sie sich dieser notwendigen Aufgabe stellen. Auf eine zukünftige gute Zusammenarbeit.



Neue Ziele für die Region Frau Schmittmann

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Frau Regierungspräsidentin,
verehrte Damen und Herren,

NEUE ZIELE FÜR DIE REGION – Der Titel meines Beitrages lässt vielleicht vermuten, dass wir sie schon kennen würden... – die neuen Ziele der Regionalplanung für die Region – ...natürlich kennen wir Sie noch nicht.

Ich möchte Ihnen aber das Grundkonzept für die Überarbeitung des Regionalplans – und damit auch für die Entwicklung der neuen Ziele – skizzieren. Deshalb freue ich mich, dass so viele Akteure der Region zu der heutigen Veranstaltung gekommen sind, denn es geht in meinem Beitrag genau um Sie als Akteure und Interessensvertreter und unseren gemeinsamen Weg.

Welche Fragen stellen Sie sich vor der Fortschreibung des Regionalplans? Die könnten vermutlich so lauten:

WARUM überhaupt neue Ziele?

Was erwartet MICH dabei?

Wie lange DAUERT so ein Verwaltungsverfahren eigentlich bei der Bezirksregierung?

Wie kann ich MEINE Belange einbringen?

Darauf will ich im folgenden eingehen. Es gibt drei wichtige Gründe für einen neuen Regionalplan:

Erstens ist unser guter GEP 99 ein wenig in die Jahre gekommen. Wenn man die Anfänge mit berücksichtigt ist er über 15 Jahre alt. Neue rechtliche Rahmenbedingungen und vor allem neue räumliche Erfordernisse, z. B. hervorgerufen durch den demographischen Wandel, haben den Regionalrat und uns dazu bewogen, mit Ihnen die Ziele unseres Planes erneut zu diskutieren.

Zweitens wird es einen neuen Landesentwicklungsplan geben. Eine etwas „klassischere Vorgehensweise“ würden nun bedeuten, dass wir als Regionalplanung die Hände erst einmal in den Schoß legen und darauf warten, was uns der LEP für Vorgaben macht. Erst danach würde der Regionalrat dann einen neuen Plan aufstellen, der sauber Topdown die Ziele des Landesentwicklungsplans durchdekliniert.

Aber unser Regionalrat und wir als Regionalplanungsbehörde wollen das Gegenstromprinzip mit Leben füllen: Wir wollen im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplans die regionalen Zielsetzungen mit Ihnen gemeinsam entwickeln.

Diese Positionen können wir dann auch in den parallelen Prozess der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans einfließen lassen. Lieber Herr Gaedtke, ich möchte an dieser Stelle der Landesplanungsbehörde und der Landesregierung unseren Dank aussprechen für das bisherige offene Ohr für die Positionen und Erfordernisse unserer Region.

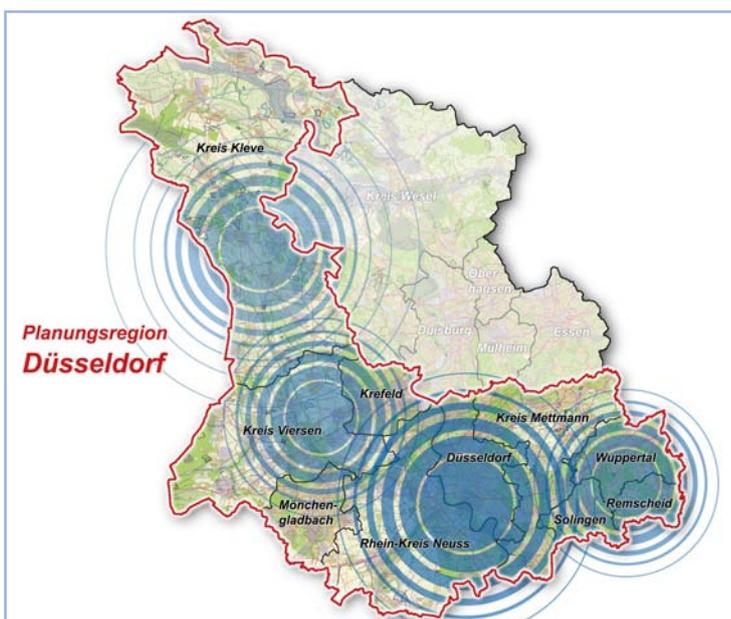
Drittens ergibt sich durch die Übernahme der Regionalplanungskompetenz im Ruhrgebiet für den Kreis Wesel sowie die Städte Mülheim an der Ruhr, Essen, Oberhausen und Duisburg durch den Regionalverband Ruhr im Oktober letzten Jahres einer neuer Zuschnitt unseres Planungsraumes.

Sicher kann man es nach wie vor sehr kritisch sehen, dass gerade entlang der Rheinschiene die Kommunen aus „unserem Planungsraum“ herausgelöst wurden, aber wir nehmen es sportlich und es gibt auch ein paar Vorteile: Geboren wurde eine wirtschaftlich starke Region. Die Region zählt gemessen am Bruttoinlandsprodukt zu den wirtschaftsstärksten Regionen NRW's.

Der neue Planungsraum mit seinen vielfältigen Verflechtungen ist natürlich weiterhin der Raum, der in den Blick zunehmen ist; der Gesamtplan als solches muss immer der Rahmen sein, in dem der Regionalrat entscheidet.

Wir nehmen aber auch die starken Besonderheiten in den je nach Thema unterschiedlich geschnittenen Teilräumen wahr und binden sie zu einem Ganzen:

- Was passiert siedlungsstrukturell entlang der niederländischen Grenze in den wirtschaftlich starken Städten und Gemeinden?
- Welche gemeinsamen Chancen und Probleme haben die Rheinaneiner z.B. in Emmerich und Neuss im Bereich der Hafententwicklung?
- Wie sieht die Zukunft des Kiesabbaus und von Agro-Business insbesondere am linken Niederrhein aus?
- Wie wollen wir außerhalb der Ballungsraumkerne und der ökologisch wertvollen Gebiete die erneuerbaren Energien ausbauen?
- Wie könnten wirtschaftliche Impulse und Ideen aussehen, die zu einer effektvolleren Partizipation der bergischen Städte an der gerade wieder aufkommenden Konjunktur führen?
- Und nicht zuletzt Düsseldorf mit seinen starken Nachbarn, als Kern einer Metropole mit je nach Thema unterschiedlicher Abgrenzung und Ausdehnung. Hier können Zusammenarbeit und gute gemeinsame Regeln dazu beitragen, dass eine pulsierende Entwicklung auch in der Zukunft möglich ist. Regionale Arbeitsteilung als ein Ansatz, um gemeinsam Regional zu Wachsen, so wie es das Motto der heutigen Veranstaltung ist.



Die Pulsare hier im Hintergrund sollen sinnbildlich für diesen gesamträumlichen Ansatz stehen, der je nach Thema auch die räumlichen Besonderheiten und Schwerpunkte erfasst. Dieser Ansatz, die Region zu befragen und sie einzubinden, spiegelt sich in unserem Verfahrenskonzept wieder.

Zuerst sollen nämlich in der Region Tragfähigkeiten für regionale Lösungen hergestellt werden: Deshalb haben wir eine grundsätzliche Unterteilung in zwei Phasen vorgenommen. Die erste Phase ist das nicht verfahrensgebundene Erarbeiten von Leitlinien und Konzepten. Hier möchten wir auch bereits Akteure einbinden, die sich angesprochen fühlen in der Region mit uns

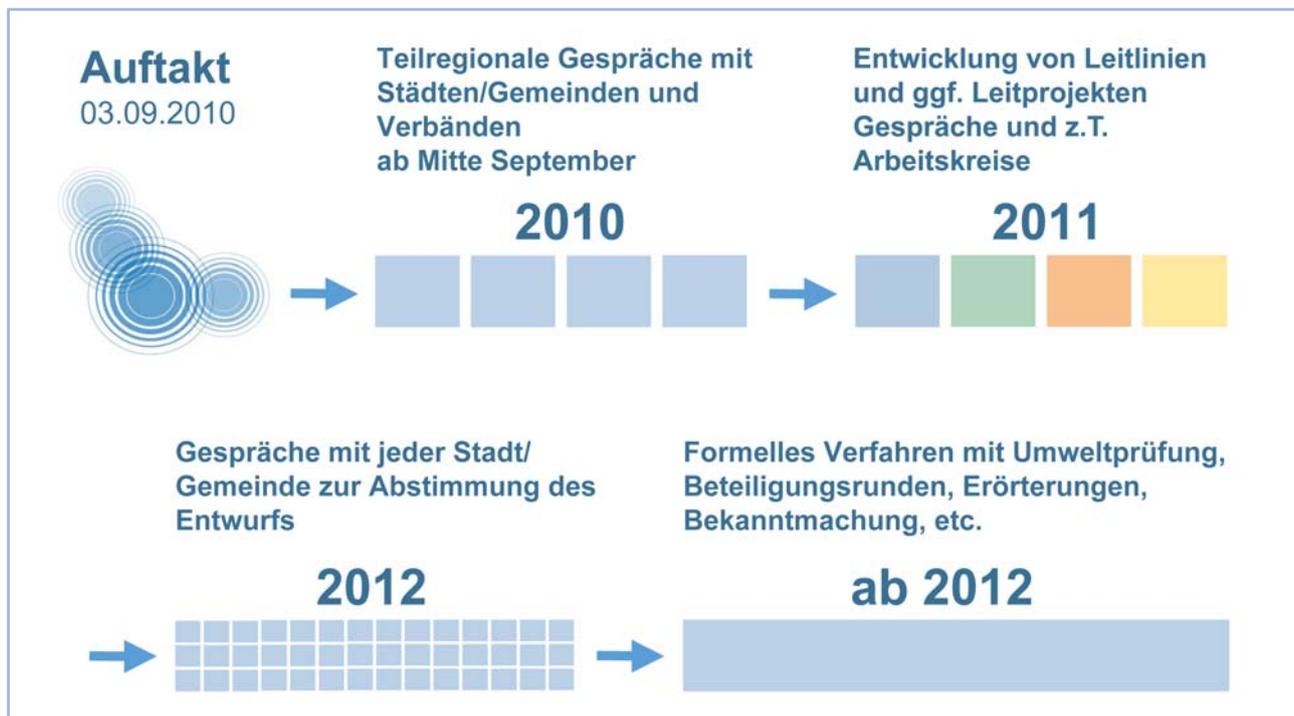
gemeinsam an neuen Lösungen für regionale Strategien zu arbeiten. Wir verbinden damit die Hoffnung und das will ich hier nicht verhehlen, dass sich daraus weitere regionale Allianzen bilden, die durch Zusammenarbeit neue regionale Projekte anstoßen.

Die zweite Phase, ist die Verfahrensphase in der alle rechtlichen Schritte durchlaufen werden.

Was bedeutet das nun für die nächsten Schritte:

Wir werden ab Mitte September Gespräche in den Kreisen und kreisfreien Städten führen. Herzlichen Dank allen Kreisen und Städten, für die ausgesprochen konstruktive Begleitung der Vorbereitungen! Wir wollen in Erfahrung bringen, welche Ziele die einzelnen Kommunen und die einzelnen Interessensvertreter verfolgen. Auch 2011 werden wir weitere Gespräche führen und je nach thematischer Erforderlichkeit soll es z.T. auch Arbeitskreise geben.

Als Produkt der Vorarbeiten sowie externer und interner Abstimmungen wollen wir 2011 einen Entwurf von Leitlinien und Konzepte für einen neuen Planentwurf vorlegen. Danach könnte der Regionalrat Düsseldorf 2012 – in gewisser Abhängigkeit vom Fortschritt beim anvisierten neuen Landesentwicklungsplan – einen Erarbeitungsbeschluss fassen und das formelle Verfahren, wie es die meisten von Ihnen kennen, kann beginnen.



Am Ende des Verfahrens steht zwar ein Plan und der soll rechtssicher, verbindlich etc. sein, aber uns ist es am heutigen Tage wichtig Ihnen zu signalisieren, dass wir den Prozess dorthin nutzen wollen um stärker Akteure in der Region zu vernetzen und gemeinsam REGIONAL zu WACHSEN.

Verehrte Damen und Herren, Sie sehen, Offenheit ist uns wichtig! Ich bedanke mich mit Verweis auf die nun kommenden inhaltlichen Vorträge bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!





Regionale Zusammenarbeit, regionales Wachstum – Neue Impulse für eine pulsierende Region Herr Dr. Molitor

Liebe Frau Regierungspräsidentin,
lieber Herr Regionalratsvorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe die schöne Aufgabe, Ihnen von unseren Erfahrungen in der Region Köln/Bonn mit dem Thema regionale Zusammenarbeit zu berichten und darzulegen, welchen allgemeinen Anregungen man daraus vielleicht auch für Ihre Region ableiten kann. Ich habe mir vorgenommen, dass ich das sehr pragmatisch mache. So gehen wir übrigens auch die Kooperationen in unserer Region an. Sie werden dabei immer wieder den Spagat sehen zwischen dem, was bereits konsensual und freiwillig machbar ist und dem, was dann auch formell irgendwann abgesichert und ggf. durchgesetzt werden muss. Wir bewegen uns dabei ständig zwischen informeller und formeller Planung und schätzen diesen Weg sehr. Raumstrukturell geht es dabei dann auch darum, gemeinsam und auf Augenhöhe auszuloten, welche Qualitäten die einzelnen Teilräume haben.

Am Anfang möchte ich aber auch nur kurz auf die Unterschiede zwischen lockerer Kooperation und stringenter Koordination eingehen. Dies wird oft nicht hinreichend klar unterschieden. Im Kontext des Themas regionale Zusammenarbeit ist hier natürlich auch die kommunale Selbstverwaltung gemäß § 28 Abs. 2 Grundgesetz relevant. Diese steht manchmal in einem Spannungsfeld zu einer sinnvollen Raumentwicklung für die Gesamtregion und zur entsprechenden Orientierung am regionalen Gemeinwohl. Vor diesem Hintergrund bin ich ein großer Freund von Formaten und Verbindlichkeiten: Man kann nicht nur punktuell Leute einladen und sagen, wir sollen das so machen. Es muss stattdessen eine Kontinuität bzw. eine Verfahrensregelung und einen klaren strukturellen Rahmen geben, so dass man sich darauf einstellen kann. Erst auf einer solchen Basis kann man dann sinnvoll über gemeinsame Ziele und vielleicht auch Ziel- und Interessenskonflikte reden.

Wenn man über regionale Zusammenarbeit nachdenkt, dann sollte man sich natürlich in jedem Fall zunächst einmal darum bemühen, nicht nur den eigenen Ort zu sehen, Man muss einen regionalen Blickwinkel einnehmen: Kennt man die Region? Was sind die Interessen und Besonderheiten des Nachbarn? Wo sind gemeinsame Chancen? Was haben wir für gemeinsame Probleme? Welches sind die spezifischen Besonderheiten meiner Region? Unsere beiden Regierungsbezirke haben zum Beispiel die gemeinsame Besonderheit, dass der Rhein zentral liegt, der manchmal auch trennend wirkt. Man glaubt seinen eigenen Raum zu kennen, aber man denkt oftmals nicht in regionalen Zusammenhängen. Eine wichtige Frage ist dabei z.B. welche finanziellen und sonstigen Veränderungen für wen in der Region mit Blick auf den demografischen Wandel zu erwarten sind. Was folgt daraus für räumliche Fragestellungen und Konzepte?

Eine solche Analyse der jeweiligen Ausgangslage in der eigenen Region ist aber natürlich nur ein wichtiger Baustein. Wenn man gemeinsam Ziele bzw. eine bessere regionale Zukunft erreichen will, dann muss man

die Akteure im Raum auch in Bewegung bringen. Das meine ich geistig-intellektuell, aber natürlich auch physisch. Treffen und Kontakte sind bei uns in der Region Köln/Bonn ganz wichtig: Wer kennt wen? Wie lernt man sich kennen? Welche Leute werden wann beteiligt? Man fragt sich sofort, in welchen Runden etwas abläuft. Bin ich dabei? Bin ich nicht dabei?

Wie organisiert man das? Ich glaube, da man muss sehr stark themenorientiert vorgehen. Jedes Thema hat seinen eigenen räumlichen Zuschnitt. Man muss sich die für die räumlichen Prozesse relevanten Akteure jeweils anhand der Inhalte suchen, um die es gehen soll.

Ich will dazu zwei, drei Beispiele aus der Region Köln/Bonn nennen. Wir bewegen uns dabei zum Teil im Bereich freiwilliger Kooperation und zum Teil im Bereich verbindlicher Regelungen. Zur Region Köln/Bonn gehören über 60 kreisangehörige Kommunen und drei kreisfreie Städte. Auch der Rhein-Kreis Neuss aus ihrem Regierungsbezirk wirkt bei uns mit. Für uns war aber von Anfang an nicht der Raum als Ganzes der zentrale Fokus. Wichtiger war uns die folgende Betrachtung: Wo steht der Raum mit seinen Teilräumen? Welche unterschiedlichen Talente hat er? Wo wollen die Teilräume im Kontext der Gesamtregion hin?

Das lässt sich natürlich nicht einfach ad hoc klären und festlegen. Wir haben aber natürlich bestimmte Megathemen. Im Bergischen zählt dazu sicherlich die Frage der Trinkwasserversorgung und im linksrheinischen Bereich die Braunkohle. Auch der Rhein als „Hafenstraße“ und als Logistikstandort zählt dazu. Ein gravierendes und vor dem Hintergrund des Klimawandels an Bedeutung gewinnendes Thema ist am Rhein natürlich auch der Hochwasserschutz. Wir haben ferner raumwirksame Auswirkungen aufgrund des demografischen Wandels und auch eine Verschiebung in der Wertigkeit von Immobilienstandorten. Nicht allen bekannt ist vermutlich, dass auch das Zentrum des deutschen Obst und Gartenbaus bei uns in der Region liegt.



Viele dieser Themen überlagern sich räumlich und inhaltlich und für alle entsprechenden Probleme und Chancen müssen Lösungen gefunden und festgelegt werden. Dies aufeinander abzustimmen ist eine schwierige Angelegenheit, an der viele Institutionen und Akteure beteiligt sind – natürlich vor allem auch die Regionalplanung.

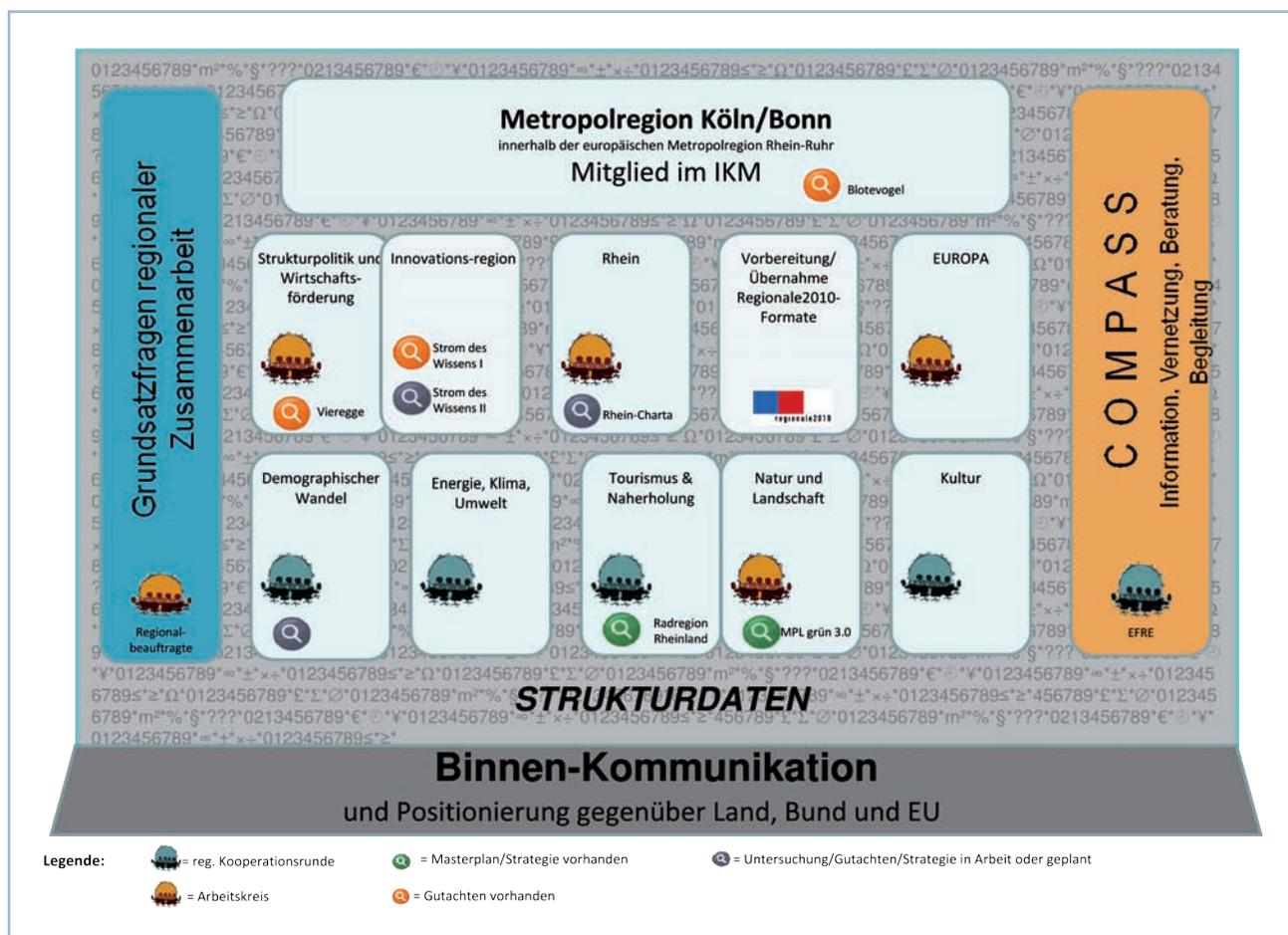
Wir haben aber schon seit 1992 in der Region auch versucht von „unten“ regelmäßig Akteure zu Themen strukturiert zusammenzuführen. Ziel war dabei, Lösungsideen zu entwickeln und dann „hoch“ zu transportieren, die dann ggf. auch Eingang finden können in formelle Planungen. Also ein Vorgehen ganz im Sinne des planerischen Gegenstromprinzips.

Wichtig ist wie gesagt, hier je nach Thema in der Phase der Entwicklung von Lösungen auch einmal Betrachtungen jenseits des gesamt-räumlichen Ansatzes eines Regierungsbezirkes zuzulassen. Jedes Thema schneidet seinen eigenen Raum. Wir brauchen aber auch immer wieder andere Akteure bzw. eine andere Akteurslandschaft. Die Kollegen in den Niederlanden oder in Irland – wo ich arbeiten durfte – sind da auch ganz pragmatisch. Die rufen das Problem auf und fragen laut: Wer hat dazu etwas zu sagen? Wie können wir dies jetzt lösen?

Ich glaube, solche pragmatischen Sichtweisen sollten wir auch anstreben. Wir müssen dabei dann den Spagat zwischen der notwendigen formellen Planung und den informellen Prozessen hinbekommen. Da kann ein Beharren auf der kommunalen Selbstverwaltung im Übrigen manchmal ein Hindernis sein. Wichtige räumliche

Ziele sind fast immer größer/gleich einer Kommune und größer/gleich einem Sektor. Zudem muss man oftmals auch sinnvolle überregionale Ziele des Landes oder des Bundes umsetzen, die vielleicht nicht bei allen regionalen Akteuren Begeisterung hervorrufen. Da ist dann die Frage, wie kommt eine für die Region insgesamt sachgerechte Abwägung zustande und wie kann man dabei ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis beibehalten.

Ich habe Ihnen Beispiele mitgebracht, um das zuvor Gesagte zu illustrieren. Bei uns am Tisch im „Region Köln/Bonn e.V.“ sitzen z. B. Führungspersonen aus Sparkassen, IHK's, Handwerkskammern, dem LVR oder dem DGB. Das heißt, es ist natürlich eine große Herausforderung, wenn sie sich bei solch unterschiedlichen Akteuren auf gemeinsame Ziele freiwillig aber möglichst verbindlich verständigen sollen. Dies gilt auch in Relation zu den Vorstellungen der kreisangehörigen Kommunen und den Fach- bzw. Sektorplanungen. Eine schwierige Aufgabe gerade im Kölner Raum. Insofern müssen wir also immer versuchen, die besseren Lösungen und die besseren Argumente zu liefern, um den Prozess der Einigung zu einem Erfolg zu führen. Wichtig ist, dass der lokale oder sektorale Eigensinn nicht den Weg zu guten Lösungen versperrt.



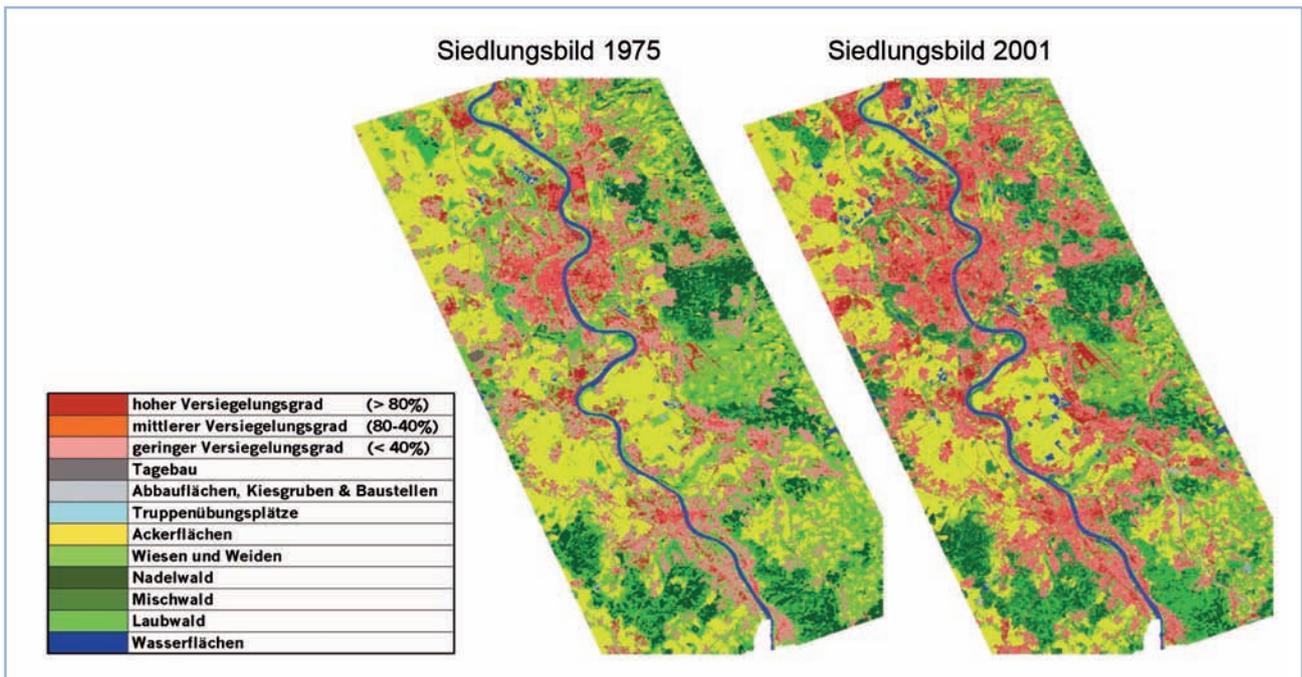
Wir haben im Übrigen viele Themen. Wenn Sie die Abbildung sehen, dann könnten Sie aber den Eindruck kriegen, dass wir uns an die harten Sachen wie Häfen, Siedlung, Haushalte und Gewerbe gar nicht herantrauen. Wir glauben allerdings, dass das zusammen gehen muss. Die weichen Themen bereiten den Boden, um auch die harten Themen mitzunehmen bzw. sie sind oft miteinander verbunden. Das bedarf dann aber einer Abstimmung und Verhandlung in der Region. Zudem hängen solche Themen direkt oder indirekt oftmals auch zusammen mit Themen wie Gewerbestandorten. Es ist letzten Endes ein großer, regionaler Abwägungsprozess.

Wir haben natürlich das Glück gehabt, dass wir mit unserer Regionale ein paar dieser Entscheidungsformate quasi „üben“ konnten. Wir haben uns z. B. auf konkrete Projekte verständigt. Das war schon einmal der erste wichtige Prozess. Es ist niemand gekommen und hat gesagt, was wir dürfen. Wir hatten 250 Projektideen und daraus sind 50 Projekte geworden. Das hat auch blutige Nasen gegeben. Beispielsweise mussten wir im

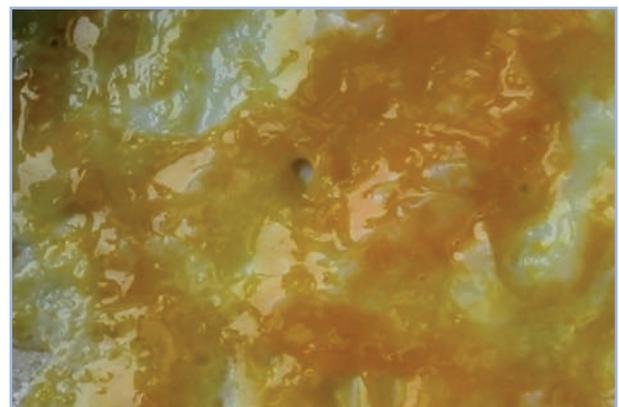
Bereich der Stadtentwicklungsprojekte unter vielen kommunalen Ideen eine Abwägungsentscheidung treffen, weil wir nur sieben entsprechende Projekte machen wollten – nämlich in jedem Kreis und jeder kreisfreie Stadt nur eines. Das heißt de facto, dass ich einen Kreistagsbeschluss brauche, der besagt, dass das städtebauliche Projekt des Oberbergischen Kreises (nur) in Gummersbach ist.

Das heißt dann auch für Andere Verzicht. Darüber muss man ganz ehrlich reden. Bei der derzeitigen und vor allem bei der absehbaren Entwicklung der Fördermittel müssen kommunenübergreifende Überlegungen ohnehin zunehmend mitbedacht werden, weil nicht mehr alle gleichzeitig bedient werden können.

Wir müssen abwägen, wo in der Region das Geld strukturpolitisch und regionalökonomisch am sinnvollsten angelegt ist. Und da ist dann auch wieder eine enge Verbindung zur formellen Regionalplanung zu sehen, denn die muss raumbedeutsame Standortentscheidungen letztlich treffen und absichern.



Wir haben im Bereich der Landschaft aus dem Kölner Raum ein weiteres sehr plastisches Beispiel für die Notwendigkeit kommunenübergreifend abgestimmter räumlicher Planung. Die Touristen kriegen häufig immer noch das mittelalterliche Bild von Köln mit seinem recht grünen Umland in die Hand gedrückt. Die Wahrheit sieht anders aus. Wir mussten in den letzten Jahren ein massives Ausufer der Stadtzentren verzeichnen. Wem der Vergleich der Siedlungsentwicklung von 1975 und 2001 nicht weh tut, der ist nicht daseinsvorsorgeorientiert. Der ist sich nicht der Aufgaben bewusst, die wir auch in Verantwortung für kommende Generationen wahrnehmen müssen. Der Raum zerfließt quasi wie ein auslaufendes Spiegelei und zu wenig gebremste kommunale Eigeninteressen tragen stark dazu bei. Die Fortschreibungen der kommunalen Flächennutzungspläne ergeben ein Bild, bei dem die Farbe rot noch mehr dominieren wird.



Wir haben uns gerade im Bereich der Freiräume und Landschaftsplanung überlegt, dass wir so nicht mehr weitermachen können. Dies gilt auch, weil die Immobilienstandorte zwischen Köln und Bonn und in der weiteren Umgebung mittlerweile an Wert verlieren. Mit der Prognose eines eintretenden demografischen Wandels werden diese unidentifizierbaren Einheiten kaum noch vermarktbar, die wir in den „Zwischenstädten“ haben. Wenn Stadträte sich trotzdem für weitere Neubaugebiete aussprechen, so wird es im Übrigen vielfach so sein, dass sie damit auch den Verkaufswert ihrer eigenen Immobilien, ihres eigenen Hauses auf übersättigten regionalen Märkten reduzieren. Ich darf Ihnen sagen, unsere Immobilienwirtschaft in der Region hat diese Trends schon ganz klar erkannt und fängt an, dementsprechend zu justieren.

Früher gab es bereits Leute, die waren auch so klug oder klüger. Sie hatten allerdings auch noch bessere Entscheidungsmechanismen. Die haben gesagt, wir machen das jetzt so. So war das im Fall Konrad Adenauer mit dem sogenannten Grüngürtel, der räumlich gesichert wurde. Wir müssen heute umständlich aushandeln, was damals auf Basis einer sachlichen, planerischen Analyse einfach gemacht worden ist. Dies galt gerade im Bereich der Freiraumplanung und es ist ein Beispiel dafür, dass wir in vielen Bereichen die formelle räumliche Planung zwingend und vielleicht mehr denn je brauchen, die Entscheidungen auch durchsetzen kann.

Wo organisieren wir eigentlich noch Landschaft? Wo organisieren wir Siedlung? Wir haben uns dafür neben der Regionalplanung auch noch ein weiteres Instrument gegeben: Den sogenannten Masterplan Grün, bei dem wir in Abstimmung mit der Raumordnung verschiedene Raumnutzungen wie Kulturlandschaften, Freiraumkorridore und Auenkorridore übereinander legen. Daraus wird ein Zielbild und dies durchzusetzen ist zumindest dann ganz einfach, wenn es um öffentliche Gelder geht: Wer dieses regional abgestimmte Zielbild bei Projekten nicht umsetzt, der kriegt kein Geld. Diese Zielbild ist zudem wie gesagt mit der Regionalplanung abgestimmt. Das heißt, da geht formelle und informelle Planung Hand in Hand.

Der Weg sieht hier so aus, dass aus einer Zielanalyse ein Ziel wird und dieses Ziel wird dann belegt wird mit konkreten Projekten. Man verabredet sich also auf ein Bild und anschließend wird es mit Leben gefüllt auf Basis von kommunalen Beschlüssen. Diese müssen sich aber diesem Zielbild verpflichten.

Und diesen Ansatz versuchen wird derzeit auch in anderen Arbeitsbereichen zu forcieren. Wir versuchen diesen Raum über themenabhängige teilregionale, interkommunale Verbünde zu „packen“ und verschiedene Dimensionen von Sektoralplanung in Form von Projekten hinzukriegen. Dann sind wir ehrlicherweise immer noch nicht bei einer abgestimmten Gewerbeflächenpolitik. Wir sind immer noch nicht bei Verzicht, aber wir sind in diesem Fall bei einer die formelle Planung ergänzenden freiwilligen Raumgestaltung – die allerdings sehr viele Kapazitäten erfordert und bindet.

Zum Abschluss darf ich Ihnen Folgendes sagen: Wir glauben, dass eine Region nicht nur erhalten und sichern muss. Sie muss auch Veränderungen regional aktiv gestalten. Dies gilt beispielsweise für den notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien, für den wir regional den nötigen Raum finden müssen. Die Dynamik, die wir in den Kommunen haben und in den überregionalen Zusammenhängen ist aber bei den meisten Veränderungen nicht die gleiche, die wir in den 60er und 70er Jahren hatten. Viele Prozesse vollziehen sich heute sehr viel schneller. Trotzdem planen wir teilweise auf die gleiche Weise wie früher. Das kann Probleme bereiten. Zudem sind die öffentlichen Haushalte, die auf diese Prozesse reagieren müssen vielerorts stark unter Druck. Wir alle haben sicherlich auch ein paar Ängste dahingehend, was wir uns in der Zukunft im Bereich des öffentlichen Sektors überhaupt noch leisten können. Meines Erachtens brauchen wir daher einerseits verbindliche Regelungen für einen effizienten Mitteleinsatz in den Regionen und andererseits auch eine gewisse Flexibilität, um schnell auf neue Gegebenheiten reagieren zu können. Es ist sicherlich eine hohe Kunst, da den richtigen Spagat zu finden.

Ein zweites Fazit ist, dass wir uns um eine sinnvolle Förder- und Anreizpolitik kümmern müssen. Die Verfahren wie ich Flächen oder Gelder bekomme, müssen so ausgestaltet sein, dass sie für die Gesamtregion sinnvolle Ergebnisse bringen. Die Instrumente sind vielfach entweder sektoral oder teilräumig. Sie finden nur selten

tatsächlich vor Ort zu einem Ganzen zusammen. Und ich glaube, da liegt auch ein Managementproblem.

Noch eine Schlussbemerkung, die auf unseren Erfahrungen im Rahmen der Regionale beruht: Es kann natürlich im Gegenstromprinzip auch nicht sein, dass der kommunale Planungsauftrag quasi an der Kommune endet. Keines der wichtigen Themen der Daseinsvorsorge hat noch einen kommunalen Maßstab. Insofern brauchen Sie den räumlichen Maßstab darüber zwingend für sachliche Lösungen.

Und dieser räumliche Maßstab hat wiederum viele Berührungspunkte zu Nachbarräumen: Auch wir haben eine Grenze mit Ihnen. Wir haben eine „Küste“ mit Ihnen. Ich habe zum Beispiel Kollegen und Freunde vom Bergischen Städtedreieck gesehen und der Rhein-Kreis-Neuss ist Mitglied in unserem Verein. Der Kreis Mettmann hat mit uns eine Küste, genau wie Düren, Euskirchen. Wir müssen uns mit unseren Nachbarn stärker aufeinander zu bewegen und mit den Akteuren gute, stabile und vor allen Dingen effiziente Lösungen suchen. Einen anderen Weg wird es in Zeiten knapper Kassen nicht geben. Damit ist mein Vortrag nun zu Ende und ich biete Ihnen an, dass wir aus der Region Köln/Bonn immer gerne auch zu Ihnen nach Norden kommen, um gemeinsam Probleme zu lösen und Chancen zu nutzen.

Vielen Dank!





Regionale Strategien – Chancen in Zeiten des demografischen Wandels Herr Prof. Dr.-Ing. Vallée

Frau Regierungspräsidentin,
Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren,

wenn von Regionalentwicklung, von Regionalplanung und deren räumlichen Herausforderungen in Zeiten des demografischen Wandels die Rede ist, geht es oft um den sehr hochtrabenden Begriff der „Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse“. Einfacher gesagt geht es darum, wo und wie Schulen, Einzelhandelseinrichtungen oder Theater erreichbar sein sollen und ob überall der ÖPNV im 5-Minuten-Takt fahren kann. Kann es Unterschiede geben, ist gleich und gleichwertig das gleiche? Angesichts des demografischen Wandels und seiner finanziellen Folgen werden hinsichtlich der Mindeststandards um Mindesterreichbarkeiten in Zukunft einige Fragen zur dieser Gleichwertigkeit zu klären sein.

Die zentrale Aufgabe der Regionalplanung ist die, Entwicklungspotenziale für die Wirtschaft, für die Siedlung, für die Infrastruktur und auch für die Freiräume zu schaffen und zu sichern. Das passt nicht automatisch immer zusammen. Auch die weiteren aktuellen Herausforderungen, die wir mit den Schlagworten Globalisierung und Klimawandel charakterisieren können, sind zu berücksichtigen. Um diese zu bewältigen hat die Regionalplanung eine Reihe von Instrumenten. Dazu zählen Raubeobachtung und Monitoring, Zentrale Orte, Siedlungsachsen, Flächensteuerung, Innenentwicklung, Trassen- und Standortsicherung, Vorrang- und Schutzgebiete, Freiraumsicherung, alles Begriffe die hoch technokratisch klingen. Hier diskutiert die Fachwelt, ob das überhaupt noch zeitgemäß ist. Dieses Instrumentarium würde viel zu sehr regulieren und hätte sich in den letzten 20 Jahren oft als wenig wirksam erwiesen wird oft behauptet. Aber ich denke, diese Instrumente werden angesichts der demografischen Entwicklung stark an Bedeutung gewinnen. Denn wenn wir uns die Fragen stellen, wie wir die Menschen gleichwertig mit Bildungsangeboten, mit kulturellen Angeboten, mit Einrichtungen der sozialen Infrastruktur versorgen können, dann sind das immer Standortfragen. Dann stellt sich aber auch die Frage, wo diese Standorte sind und wie deren Erreichbarkeit ist. Je flächiger eine Region besiedelt ist, desto schwieriger ist es, gute Erreichbarkeiten aufrecht zu erhalten und desto stärker treten die Konflikte und Fragen der Verteilung in den Vordergrund. Aber mit den genannten Instrumenten kann man auch gestalten. So technokratisch sie sich auch anhören, wenn man sie gut anwendet, – und das habe ich in meiner Stuttgarter Zeit, wo ich sechs Jahre Leitender Regionalplaner war, ausprobieren können – kann ein Bild entstehen, was man auf der einen Seite den Menschen in der Region vermitteln kann und auf der anderen Seite zum Vorteil für die Region nutzen kann. Wenn wir die Schlagworte noch einmal kurz charakterisieren, dann verbirgt sich hinter der Globalisierung zum einen eine individuellere Lebensweise, eine geforderte höhere Flexibilität. Das äußert sich im häufigerem Verkehr, weiteren Wegen, Beschleunigung aller Lebensvorgänge. Darauf soll die Infrastruktur eine Antwort geben. Die demografische Entwicklung wird mit den Schlagwörtern „weniger, älter,

bunter“ charakterisiert. Das hat zur Konsequenz, dass wir uns mit der Infrastruktur, insbesondere der sozialen Infrastruktur, der Bildungsinfrastruktur aber zum Beispiel auch mit der Frage von Einzelhandelsversorgungseinrichtungen befassen müssen. Darauf werde ich vertieft eingehen. Zum Klimawandel, der hier angesichts des heutigen weiteren Vortrags dazu nur „nachrichtlich“ erwähnt sei, ist zu sagen, dass man Klimaschutz und Klimaanpassung integriert betrachten muss.

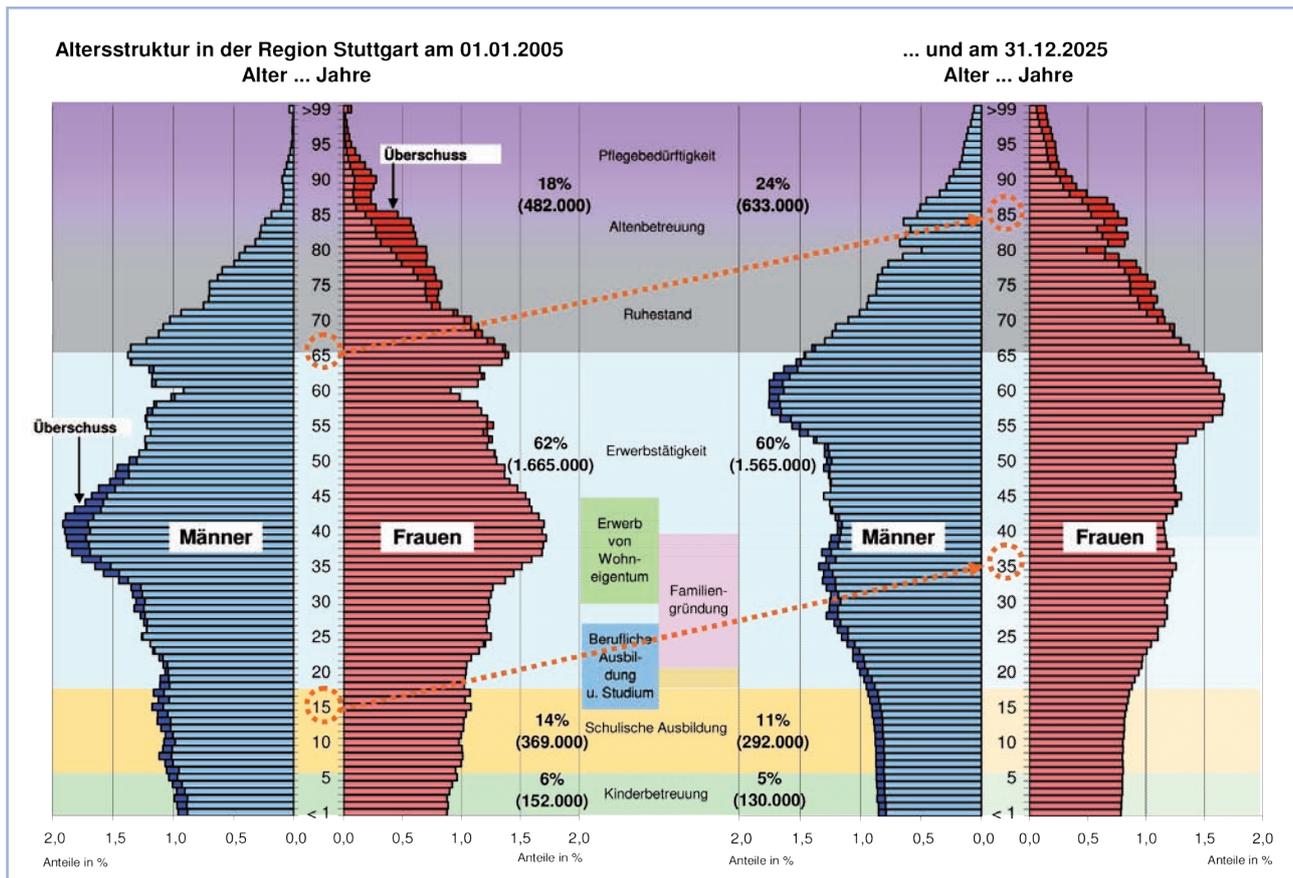
Grundlegend für die Beschäftigung mit all diesen Themen ist eine gute Datengrundlage: Die hiesige Regionalplanung hat eine Reihe von Unterlagen wie ein Raumordnungskataster mit Flächenmonitoring, der sogenannte „Rheinblick“ oder die Datenmosaik. Diese Informationsmaterialien halte ich für besonders wichtig, denn wenn Sie als Kommunen und regionaler Akteure über die Region reden, müssen sie wissen, was in der Region gespielt wird.

Meine Damen und Herren,

wo geht nun die Reise hin? In den letzten Jahren kamen ständig neue Bevölkerungsprognosen auf den Markt, alle mit verschiedenen Ergebnissen. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, welche Annahmen getroffen wurden. Die zentralen Erkenntnisse die wir heute gewinnen sind, dass es kaum noch eine Kommune in Nordrhein-Westfalen mit einem Geburtenüberschuss gibt, wo also mehr Kinder geboren werden als ältere Menschen sterben. D. h., dass die Bevölkerung eigentlich nur zurückgehen kann. Der Aspekt, der noch etwas Veränderung herbeiführen wird, sind die Wanderungen. Die wiederum hängen sehr stark davon ab, wie die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Teilräumen ist. Die attraktiven Regionen mit attraktiven Arbeitsplätzen können noch Wanderungsgewinne erwarten, aber das sind nicht alle. Die weniger attraktiven Regionen haben eher Wanderungsverluste zu erwarten. Und wie das aussieht, wenn Sterbeüberschuss und Wanderungsverluste zusammen kommen, kann man sich in den neuen Bundesländern anschauen: dort entstehen richtige Schwierigkeiten, die Infrastruktur in all ihren Verästelungen und Bereichen aufrecht zu erhalten und zu finanzieren. Spätestens da sitzen wir dann aber beispielsweise über einen Länderfinanzausgleich und einen kommunalen Finanzausgleich wieder im gleichen Boot. Denn diejenigen, die die Probleme haben, werden natürlich laut um Hilfe rufen. Da der Staat keinen hängen lassen kann, wird man irgendwelche Umverteilungsmechanismen suchen und finden.

In Ihrer Region wird z.B. zu erwarten sein, dass ab 2025/2030 die Anzahl der Erwerbstätigen deutlich sinken wird. Fast egal, ob der Renteneintritt in Zukunft mit 65, 67 oder 70 Jahren sein wird, wird es ab 2030 so sein, dass diese Babyboomer in Rente sind oder gehen. Wenn wir das Beschäftigteniveau bzw. die Zahl der Arbeitsplätze wie heute halten wollen, wird ein massiver Wettstreit um die dann noch Erwerbstätigen geben, auch wenn keine zusätzlichen Arbeitsplätze entstehen. Es könnte dazu führen, dass Wanderungsbewegungen anhalten werden. Es kann aber auch dazu führen, dass die Pendlerverflechtungen steigen und wir das über die Verkehrsinfrastruktur abfangen müssen. Das heißt mehr Verkehr und Umweltbelastungen. Darüber hinaus stellen wir fest, dass gerade in den Bereichen, in denen in den letzten Jahrzehnten die Suburbanisierung stattgefunden hat, eine deutlich stärkere Überalterung stattfindet als in anderen. In den Kernstädten hat diese schon stattgefunden und mildert sich nun wieder ab; dort gibt es einen demographischen Vorsprung. Und es ist sicher nicht einfacher in den Suburbanisierungsräumen eine ordentliche Gesundheits- und Betreuungsinfrastruktur anzubieten, als in der Stadt. Das ist vielleicht nicht die erste Frage eines Regionalplans, aber sie ist in dem Kontext zu bedenken. Ein ganz zentraler Aspekt ist die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung. Ich möchte das anhand einer Grafik für die Region Stuttgart verdeutlichen.

Die jungen Menschen im Alter bis zu sechs Jahren – ob sie ab drei in der Kinderbetreuung sind oder jünger lassen wir einmal dahingestellt, – werden deutlich weniger. Auch hier in der Region wird das Kinderbetreuungsangebot geringer nachgefragt werden. Schauen wir uns das für die Schulkinder an. Die aktuelle Vorausberechnung des IT.NRW sagt für die Region Düsseldorf, dass die Anzahl der Schulkinder zwischen sechs und 15 Jahren bis 2030, also in den nächsten 20 Jahren, sich um 80.000 reduzieren wird. Selbst wenn man 25 als einen wünschenswerten Klassenteil ansetzt ergibt sich, dass 2.800 Schulklassen nicht mehr gefüllt werden können. Und 2.800 Schulklassen weniger können an keiner Kommune hier in der Region vorbeigehen: Wo bleiben dann Schulstandorte für Grundschulen und für weiterführende Schulen.



Es kommt erschwerend hinzu, dass wir starke Veränderungen bei der Wahl der weiterführenden Schulen erleben. In der Vergangenheit war es so, dass etwa zwei Drittel eines Jahrgangs in Haupt- und Realschulen waren und etwa ein Drittel im Gymnasium. Inzwischen haben wir 50% im Gymnasium. Die flächendeckende Versorgung mit Schulbildung in Haupt- und Realschulen wird eine interessante Aufgabe.

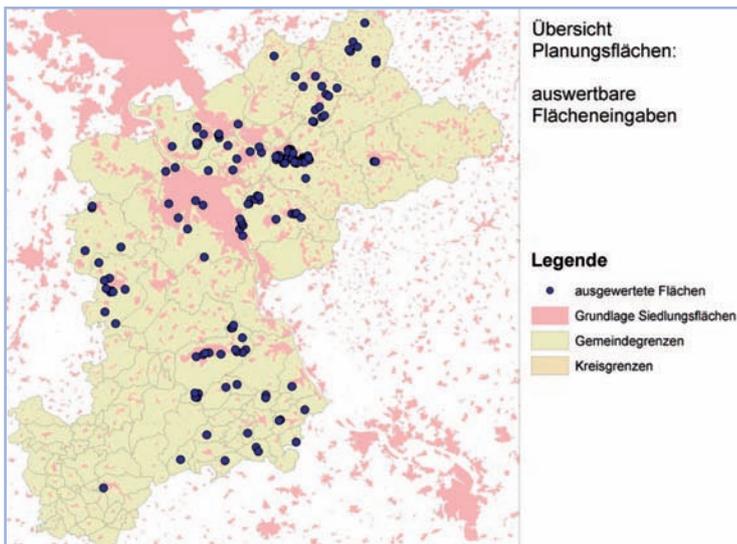
Für die größte oder breiteste Altersgruppe, die 2005 etwa 40 Jahre alt war und damit 1965 geboren ist, zeigt sich, dass diese Altersgruppe in der zurückliegenden Dekade die Familiengründung und den Erwerb von Wohneigentum hinter sich gebracht hat. Das führte in den zurückliegenden Jahren hier in der Region zu einer noch spürbaren Nachfrage am Wohnungsmarkt. Diese breite Gruppe ist aus dieser Nachfragesituation herausgewachsen und versorgt. Was nachkommt ist etwa ein Drittel weniger und im Jahr 2030 sogar 50% weniger. D.h., die Nachfrage nach Bauland wird sich massiv reduzieren. Hinzu kommt, dass am oberen Ende der Alterspyramide vermehrt Wohneinheiten durch Tod oder Pflegebedürftigkeit frei werden und zwar in etwa der gleichen Menge, wie die zukünftige Nachfrage. Dabei ist natürlich noch die Qualität zu berücksichtigen. Aber mit Blick auf das obere Ende der Alterspyramide wird sich am Immobilienmarkt eine ganze Menge bewegen. Hinzu kommt die Frage, wie zukünftig unsere Infrastruktur finanziert werden soll. Wenn die Bevölkerung im Durchschnitt älter ist, wenn auf Renten wie heute auch zukünftig kaum Steuern anfallen, dann stellt sich die Frage, wie entwickelt sich eigentlich die kommunale Finanzsituation, die im starken Maße auf die Einkommenssteuer und die Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich aufbaut. Wenn wir andere oder neue Infrastrukturen brauchen kostet es erst einmal mehr Geld. Wo soll das herkommen? Dann die Frage, wie unterhalten wir die vorhandene Infrastruktur? Und wie bauen wir das, was wir haben um, um Kosteneinsparpotenziale zu nutzen? Hier ist das Thema Kooperation der Schlüssel zum Erfolg. Ein ganz einfaches Beispiel haben wir gerade aus Köln gehört. Wenn man aufgrund der Haushaltsknappheit nicht mehr in der Lage ist, 30 Premieren im kulturellen Bereich pro Jahr in einer Region zu fabrizieren sondern sich auf 20 einigt, dann wäre das ein gutes Beispiel, denn die Kulturstätten sind für die Menschen heute in weiten Teilen gut erreichbar. Das lässt sich auf die schulische Infrastruktur, auf die gesundheitliche Infrastruktur und auf viele, viele andere Bereiche übertragen. Kooperation ist also das Zauberwort! Die Moderation dabei wäre Aufgabe einer Region und deren Regionalplanung.

Die Chancen sind: Wenn beispielsweise alte Wohnungen oder bisher fehlbelegte Wohnungen im stärkeren Maße an den Markt kommen, dann können diese Wohnungen für die durchschnittlich kleiner werdenden Haushalte genutzt werden: Die vielleicht aus heutiger Sicht zu kleinen Wohnungen für eine Familie passen zu Singlehaushalten oder Zwei-Personenhaushalten ohne Kinder. Im Bestand gibt es also reichliche Umstrukturierungspotenziale.

Der ganz wesentliche Aspekt für die Finanzierung der Infrastruktur ist der Remanenzeffekt. Ich möchte Ihnen das kurz anhand von zwei Beispielen erläutern, was die Fachwelt damit meint. Das eine Beispiel aus der Verkehrsentwicklung. Wir nehmen ein Untersuchungsgebiet mit heute 11.000 Einwohnern, im Durchschnitt drei bis dreieinhalb Wege pro Tag, ein Weg ist 15 Kilometer lang und das soll sich bis zum Jahr X in etwa 15 bis 20 Jahren verändern. Die Bevölkerung möge um 10% zurückgehen von 11.000 auf 10.000. Beim Verkehr ist unklar, ob es mehr oder weniger wird, insofern habe ich hier Bandbreiten aufgezeigt. Im Ergebnis wird sich die Anzahl der Wege auf jedem Fall reduzieren. Aber je nachdem, ob die Wege weiter werden oder nicht kann es passieren, dass sich die Verkehrsleistung insgesamt reduziert. Das würde positive Umwelteffekte auslösen, weniger Lärm, weniger Abgase usw.. Es kann aber auch anders kommen, mehr Lärm und mehr Abgase. Man weiß es nicht, aber man kann es durch Regionalplanung beeinflussen. Vor allem in der Hinsicht, wie der Verkehr abgewickelt wird! Wenn die Siedlung dort konzentriert wird wo heute schon öffentliche Verkehrsmittel vorhanden sind, wäre das beispielsweise eine gute Strategie.

Ein anderes Beispiel ist die Wasserversorgung: Eine Stadt mit 70.000 Einwohnern hat in den nächsten 20 Jahren einen Rückgang um etwa 20% zu erwarten. Der Wasserverbrauch möge konstant bleiben. Der Wasserpreis liegt bei 1,30 Euro pro Kubikmeter. Das macht insgesamt heute ein Kostenvolumen des Wasserversorgers von knapp viereinhalb Millionen Euro. Nun kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich das Kostenvolumen wegen ein paar Einwohner weniger wesentlich reduziert. Das Wasserwerk wird nach wie vor gebraucht, das Netz ebenso. Im Zweifel bestehen sogar gestiegene Ansprüche an Hygiene und Wasserqualität usw.. Unter der Annahme, die Kosten bleiben gleich und die Anzahl der Menschen wird weniger führt das zu dem Ergebnis, dass wir einen Wasserpreis von 25% mehr pro Kubikmeter verkraften müssen. Das ist die Remanenzkostenfalle, in die unsere Infrastruktur hineinzulaufen droht, wenn wir dem planerisch nichts entgegen stellen. D.h. für die Zukunft stellt sich die Frage, wie entwickelt sich unsere Siedlungsstruktur, welches Leitbild verfolgen wir. Konzentrieren wir Innen, konzentrieren wir in der Region? Hierzu gibt es verschiedene Möglichkeiten. Ob die Suburbanisierung abgeschlossen ist und die Reurbanisierung, von der die Fachwelt schon in Teilen spricht, tatsächlich ein Trend ist, ist nicht mit Sicherheit zu sagen. Reurbanisierung würde im wörtlichen Sinne bedeuten, dass Menschen, die irgendwann einmal aus der Stadt ausgezogen sind auf das Land wieder zurückziehen in die Stadt. Das beobachten wir eigentlich nicht. Reurbanisierung ist aber ein Schlagwort für eine Situation, dass Kernstädte eine dynamischere Bevölkerungsentwicklung haben als das Umland, da die jungen Menschen nicht mehr aus der Stadt wegziehen. Das ist nur ein Stopp der Suburbanisierung, aber in dem Sinne noch keine Reurbanisierung. Hieraus entstehen Potenziale. In den Kernstädten bestehen Umstrukturierungspotenziale und Konversionsflächen. Nicht nur aus Militär, Post und Bahn, sondern reichlich andere. Die sollten wir nutzen, denn wenn die Suburbanisierung weiterführt, kommen wir bei der Infrastruktur mit Sicherheit in die Kostenfalle.

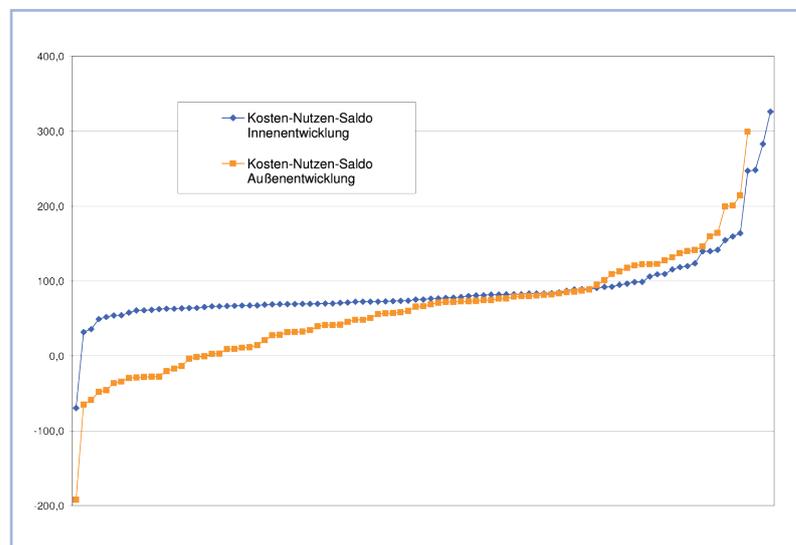
Was kann man nun eigentlich tun? Welche Instrumente und Konzepte kann man gegen die Kostenfalle nutzen? Neben konzeptionellen Überlegungen, wie die zentralen Orten oder Siedlungsachsen, kann man inzwischen mit verschiedenen Instrumenten ermitteln, welcher Standort für ein Baugebiet eigentlich für eine Kommune günstig ist. Ist überhaupt ein neues Baugebiet für eine Kommune günstig. Wenn eine solche Fragestellung auf der regionalen Ebene unter Berücksichtigung von überörtlichen Infrastrukturen untersucht wird und Standortalternativen geprüft werden, wäre dies ein probates Instrument gegen die Kostenfalle. Hier entsteht eine ganze Reihe von Chancen. Man kann die eigenen Stärken gut nach Vorne bringen, die Stärken stärken. Man kann Risiken minimieren, in diese Kostenfalle zu laufen. Man kann die Wahrnehmung einer Region von außen steigern. „Schaut mal, wie gut wir sind“ oder „wir machen alles zusammen und bei uns können wir alles gemeinsam erreichen“. Ein Beispiel dazu: Manch große Städte gehen inzwischen auf die internationalen Immobilien- und Marketingmessen nicht mehr als einzelne Stadt, Stuttgart und Nürnberg beispielsweise, sondern mit ihrer Region zusammen. Sie sagen, gemeinsam sind wir noch viel stärker, noch viel attraktiver, als wenn wir hier nur als eigene Stadt auftreten.



Wie so eine Kostenbetrachtung im regionalen Kontext aussieht, möchte ich für die Wohnregion Bonn zeigen: Die Stadt Bonn hat zusammen mit dem Kreis Ahrweiler und Rhein-Sieg Kreis gemeinsam die potenziellen Wohnstandorte in den Blick genommen: Welche Gebiete sind insgesamt gut zu bewerten bei den Themen Infrastruktur, Bauland, Ökologie usw.? Jede untersuchte Fläche ist in der Übersichtskarte mit einem Punkt dargestellt.

Das Gesamtergebnis der Bewertung ist insofern spannend, als dass die vermeintlich einfache These nur Innenentwicklung ist gut, so einfach nicht stimmt.

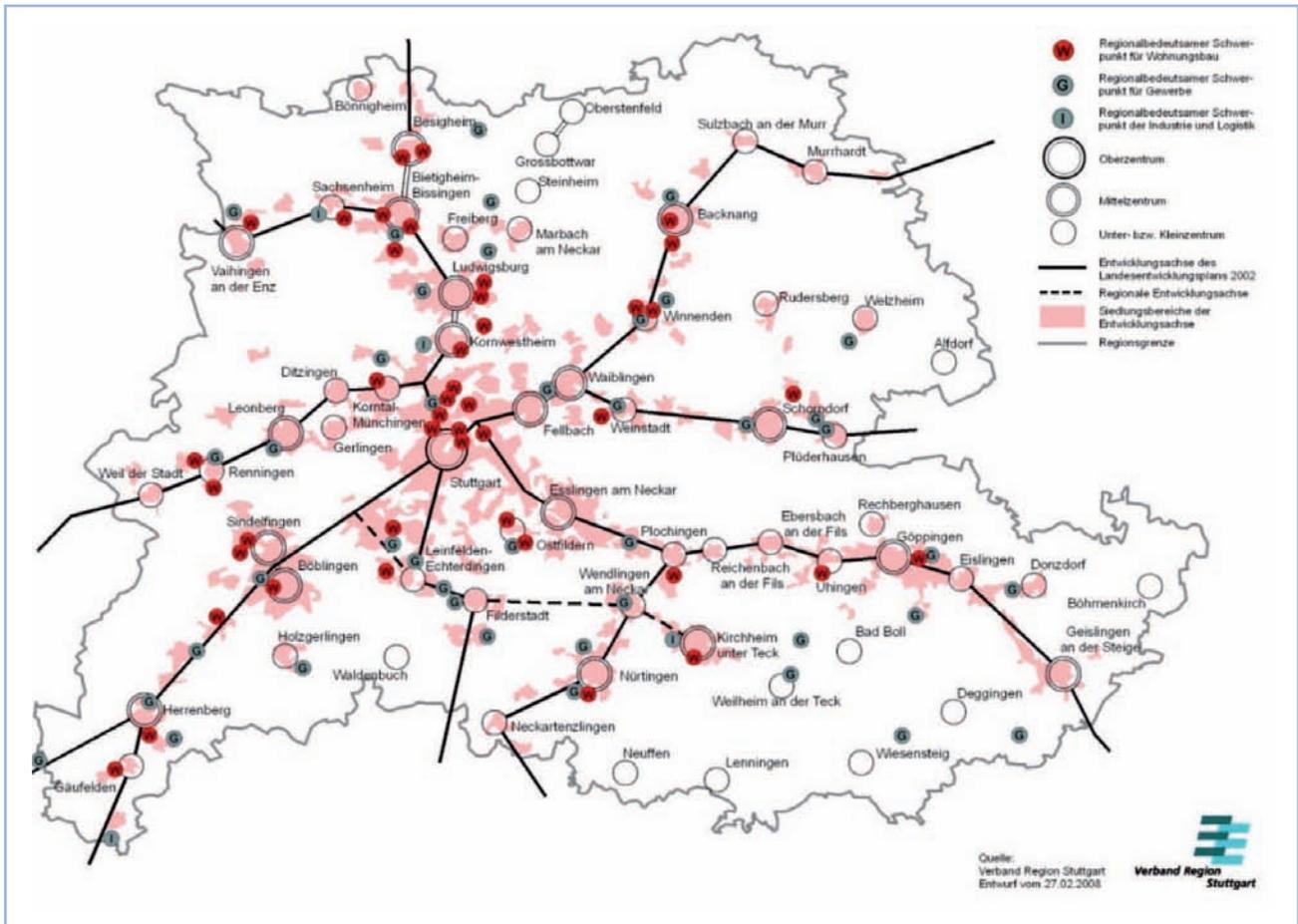
Wie die Graphik zu den 185 ausgewerteten regionalen Flächen zeigt, kann es in einem oder anderem Fall (gelb sind die Außenentwicklungsflächen und blau die so genannten Innenentwicklungsflächen) sein, dass es eine Außenentwicklung gibt, sprich eine Abrundung oder eine Arrondierung am Siedlungsrand, die nicht schlecht ist. Aber insgesamt gibt es einen großen Bereich, wo die Außenentwicklung deutlich schlechter ist als die Innenentwicklung: Wer auf solche Standorte der Außenentwicklung setzt, macht das auf Kosten der Allgemeinheit.



Darauf muss eine erfolgreiche Regionalplanung der Zukunft eine Antwort geben. Die derzeitige Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag stehen, eine Baulandausweisungsumlage oder andere fiskalische Instrumente auszuprobieren und stärker nutzen zu wollen. Hier wird sich das Instrumentarium der Regionalplanung wahrscheinlich auf eine spannende Art und Weise erweitern. Aus der Kostenüberlegung heraus kann man aber heute schon regionalplanerisch gute Standorte entwickeln, wie das in Stuttgart gemacht wurde.

Dort wurden im Regionalplan Standorte für die regionale Wohn- bzw. Gewerbeentwicklung ausgewiesen, die an den öffentlichen Verkehr anknüpfen. Das wird „dezentrale Konzentration“ genannt. Dabei bestand seitens der Regionalplanung zusammen mit der regionalen Wirtschaftsförderung die Möglichkeit, dieses Konzept mit dem „goldenen Zügel“ zu garnieren in dem gesagt wurde, wenn ihr solch ein Gewerbegebiet nicht nur für euch, auf deren Markung das liegt, sondern mit euren Nachbarn zusammen entwickelt, dann gibt es einen Zuschuss z. B. für die Erschließungskosten.

Eine weitere Perspektive ist, das Bestandsmanagement zu aktivieren, denn sonst läuft man Gefahr, dass die Siedlung perforiert. Ich kenne inzwischen einige Dörfer, wo in der Ortsmitte Leerstand herrscht, während die Baugebiete drum herum noch halbwegs ordentlich aussehen. Aber ich glaube nicht, dass dieses das Leitbild der Siedlung ist, welches wir für die Zukunft im Auge haben.



Insgesamt muss der Regionalplan auf mittlerer Sicht die Entwicklung der Siedlungsstruktur so beeinflussen, dass wir nicht in die dargestellten Schwierigkeiten und Fallen laufen, die wir vielleicht selber nicht mehr erleben, aber die für die Nachwelt Gestaltungsspielräume verbauen.

Meine Damen und Herren,
 eine erfolgreiche Regionalplanung muss genau beobachten, wo entwickelt sich die Nachfrage, sowohl in ihrer Art, als auch nach ihrer Menge und dann entscheiden, wo der geeignete Standort ist. Ein gutes Rezept ist mit Sicherheit die Innenentwicklung zu verfolgen, Baulücken zu schließen und nicht mehr nur nach außen zu denken. Damit verfolgt man auf Neudeutsch eine so genannte No-Regret-Strategie; die geht immer auf. Ein weiteres wesentliches Paradigma wird sein müssen, dass Siedlung an die vorhandene Infrastruktur zu bringen ist und nicht mehr so, wie in den vergangenen Jahren, davon auszugehen ist, dass die Infrastruktur der Siedlungsentwicklung hinterherläuft. Für dieses Paradigma braucht man überörtliche Konzepte in der Regionalplanung oder in der interkommunalen Zusammenarbeit. Die Kooperation ist ganz wichtig. Die Konzepte müssen mehrdimensional integrieren, d.h. die verschiedenen Aspekte Demografie, Sozialstruktur, Verkehr, Klima, Freiraum usw. zusammenbringen. Dass das schwierig ist, will ich gerne konzедieren. Aber ich denke, wenn diese Fragen in einzelne Bausteine aufgelöst werden, kann etwas daraus werden und man kann es verständlich transportieren. Ein ganz wichtiger Aspekt dabei ist die Teilhabe und Mitsprache der Betroffenen, das Mitnehmen der Kommunen, der Bevölkerung. Erst durch eine wirkliche Partizipation gelingt es, dass die Betroffenen am Ende eine Regionalplanung akzeptieren von der sie auch in Schranken gewiesen werden. Das darf man nicht verhehlen oder verheimlichen. Mitnehmen heißt, die Argumente zu transportieren und damit die Identifikation und auch die Akzeptanz einer solchen Planung steigern. Denn am Ende des Tages sitzen wir alle im gleichen Boot.





Klima- und Umweltschutz – Anforderungen an Regionalpläne angesichts neuer globaler Herausforderungen Herr Prof. Dr. Diller

Sehr geehrter Herr Regionalratsvorsitzender,
Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
meine Damen und Herren,

ich werde Sie jetzt über die „grüne“ Seite des Nachhaltigkeitsdreiecks informieren, d.h. über die Umweltthematik und dabei vor allem über den Klimawandel. Dieser eher kalte Sommer ist natürlich eine nur bedingt geeignete Zeit, um über das Thema globale Erwärmung zu diskutieren. Ich will Ihnen aber trotzdem deutlich machen, dass sich Ihre Region mit dem Thema Klimawandel auseinandersetzen muss und auch Anregungen geben, wie Sie das tun könnten.

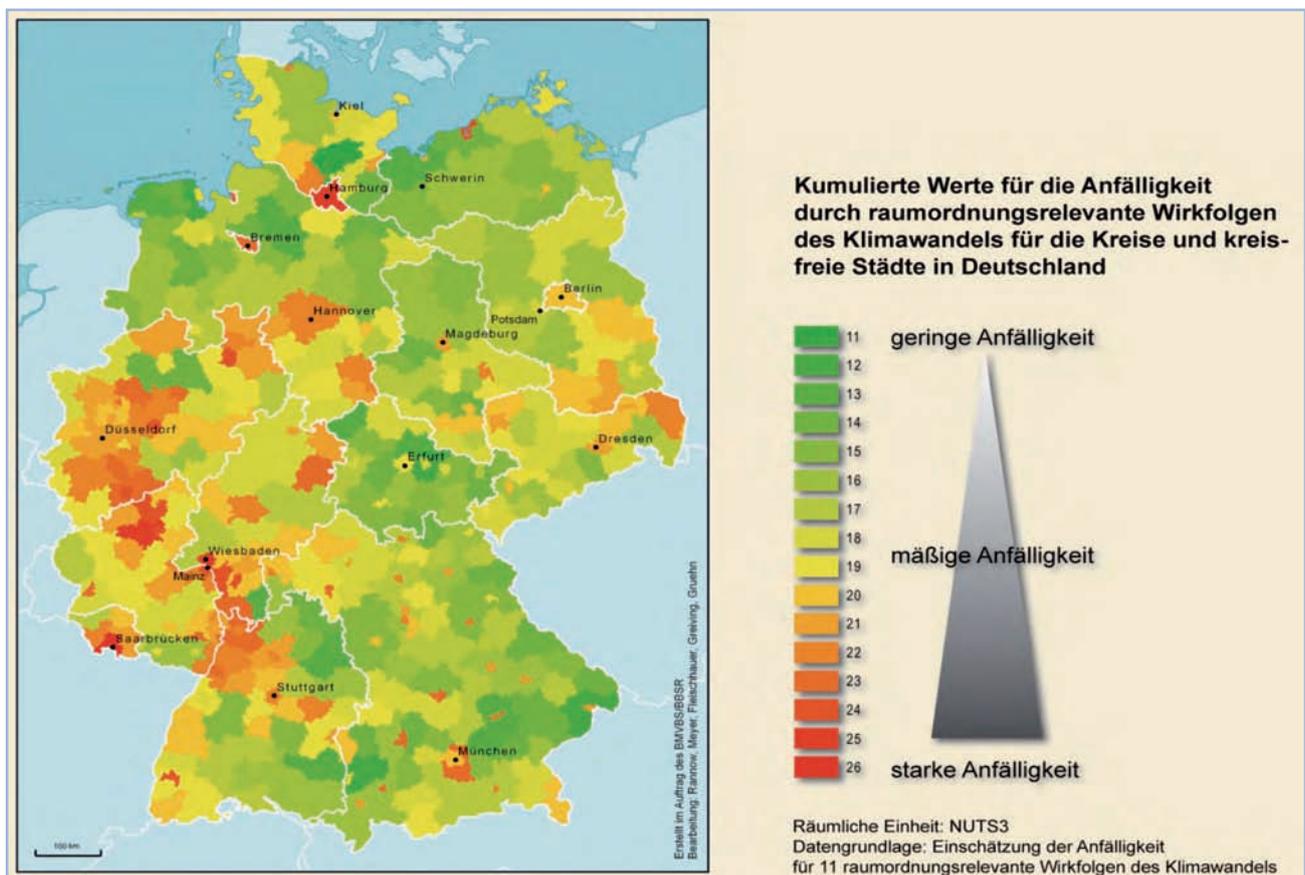
Man kann über das Thema Klimawandel nicht sprechen, ohne zunächst auf die Klimaforschung einzugehen. Einige von Ihnen kennen aus den Medien sicherlich Ergebnisse globaler Klimaprognosen und -modelle. Wir hatten bis vor einiger Zeit aber zumindest noch keinen vollständigen Konsens in der Fachwelt darüber, dass der Klimawandel irgendetwas mit dem Menschen zu tun hat. Richtig ist auch, dass es in der Erdgeschichte schon immer Zeiten des Klimawandels gab – mit allerdings entsprechenden gravierenden Auswirkungen. In der Fachwelt hat sich auf Basis der vielen neuen Forschungsergebnisse jetzt jedoch ganz eindeutig die Erkenntnis durchgesetzt, dass der größte Teil des heutigen Klimawandels anthropogen bedingt, d.h. vom Menschen verursacht ist.

Verursacher sind dabei trotz des Aufstrebens der Entwicklungsländer nach wie vor vor allem die Industrieländer, d.h. wir. Dies gilt auch für die weiterhin in der Atmosphäre wirksamen „historischen“ Emissionen. Bereits deswegen ist vorbeugender Klimaschutz, d.h. die Minderung von Treibhausgasen eine sehr wichtige Aufgabe gerade für hiesige Regionen. Mit dieser Aufgabe sind zudem bedeutende Wertschöpfungseffekte verbunden. Zu nennen sind hier z.B. Gewerbesteuererinnahmen aus Wind- und Solarparks, Gewinne regionaler Investoren aus Energieentgelten, Pachtentgelte für Landbesitzer und vor allem auch lokale Beschäftigungseffekte z. B. aufgrund von Maßnahmen der Wärmedämmung.

Eine wichtige Frage ist aber natürlich auch, welche Folgen des Klimawandels auf die eigene Region zukommen. Da werden Sie von den Forschern relativ enttäuscht sein. Je kleinräumiger die Betrachtung wird, desto größer werden leider die Unsicherheiten. Die verschiedenen Prognosemodelle liefern hier zudem zum Teil etwas abweichende Ergebnisse. Mein Rat ist, dass man sich die verschiedenen Ergebnisse der Modelle anschaut und die entsprechenden Grundtendenzen. Diese Grundtendenzen sind für die meisten der hiesigen Regionen in allen Modellen recht ähnlich.

Für Ihre Region Düsseldorf ergibt sich danach, dass mit folgenden zwei Trends mit sehr großer Wahrscheinlichkeit zu rechnen ist: In einem großen Teil Ihrer Region werden die Sommer werden etwas länger, trockener und wärmer bzw. heißer. Die Winter werden niederschlagsreicher. Die mittelfristigen Veränderungen z.B. bei den Temperaturen mögen in unseren Breiten dabei noch recht moderat erscheinen. Andere Regionen der Welt wird es sicherlich auch deutlich härter treffen. Wenn man sich aber unsere Naturhaushalte und andere Themen en detail anschaut, sieht man, dass auch wir in sehr relevanter Weise betroffen sind. In Regionen wie dem Kölner Raum ist z.B. Wasserknappheit bereits jetzt ein Thema – trotz saisonaler Hochwasserproblematik am Rhein. In solchen Regionen können daher vermeintlich moderate Veränderungen der Niederschlagsmuster und Temperaturen bereits bedeutende Konsequenzen haben. Die Veränderungen kommen dabei schleichend auf die Regionen zu – und gehen weit über die normalen Laufzeiten von Regionalplänen hinaus.

Eine wichtige Frage ist dabei: Wie anfällig ist überhaupt die Region? Das hängt natürlich auch stark davon ab, wie viele Leute in der Region wohnen und wie viele Bauten (bzw. Infrastruktur) z.B. in potenziellen Überschwemmungsgebieten liegen. Wie die Abbildung eines Ergebnisses aus dem Forschungsprojekt „Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel“ zeigt, ist Ihre Region daher tendenziell im bundesdeutschen Vergleich relativ stark betroffen.



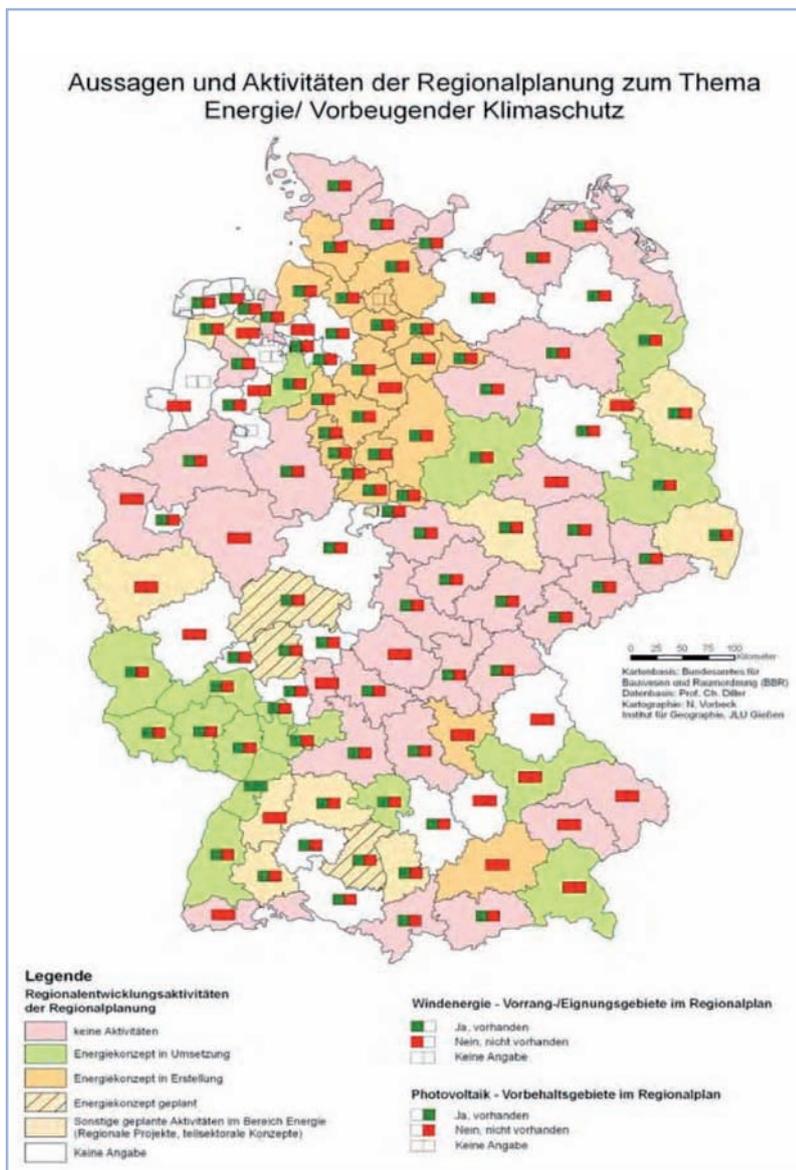
Man muss das Thema Klimawandel aber von zwei Seiten angehen. Die Vermeidung von Treibhausgasen im Zuge des vorbeugenden Klimaschutzes ist natürlich eine essentielle Aufgabe der Regionalplanung. Diese Aufgabe muss man wahrnehmen und z.B. die Voraussetzungen für den Ausbau erneuerbarer Energien schaffen. Hier haben wir sozusagen einen globalen, Generationen übergreifenden Auftrag. Genauso muss man sich aber auch der Frage stellen: Was kann denn vor Ort in der eigenen Region tun, um mit den Folgen des Klimawandels umzugehen. Wie kann man sich an die Veränderungen anpassen? Denn klar ist, dass der Klimawandel stattfinden wird. An den Treibhausgasen, die bereits in der Atmosphäre sind, kann man nichts mehr ändern und es werden weitere hinzu kommen. Mit Klimaschutz kann man hier „nur“ Schlimmeres verhindern, d.h. den Wandel begrenzen.

Themen der Klimaanpassung sind dabei z. B.:

- Vorbeugender Hochwasserschutz in Flussgebieten
- Siedlungsklimaschutz / bioklimatische Belastungsgebiete
- Regionale Wasserknappheiten
- Küstenschutz und Schutz der Berggebiete
- Änderung des Tourismusverhaltens
- Verschiebung der Lebensräume von Tieren und Pflanzen

Themen des vorbeugenden Klimaschutzes sind insbesondere:

- Räumliche Vorsorge für eine klimaverträgliche Energieversorgung
- Energiesparende, integrierte Siedlungs- und Verkehrsflächenentwicklung
- Klimaschützende Landnutzung



Doch was passiert bisher in der Praxis der Regionalplanung beim vorbeugenden Klimaschutz? Das wurde im Rahmen einer bundesweiten Recherche ermittelt. Daraus ergibt sich, dass der vorbeugende Klimaschutz in den meisten Regionen schon eines der profilbildenden Themen der Regionalplanung ist. Die meisten Regionen nehmen die globale Verantwortung hier schon mehr oder weniger intensiv wahr und nutzen auch die ökonomischen Chancen des Klimaschutzes, so dass entsprechende Aktivitäten zu verzeichnen sind. Beispielsweise gibt es in den allermeisten Regionalplänen eine Flächenvorsorge für die Windkraftnutzung. Die Verbindung von ordnungspolitischen Aussagen im Regionalplan und der Funktion der Regionalplanung als Motor der Regionalentwicklung gelingt relativ gut. Man kommt allerdings nicht umhin festzustellen, dass in Ihrer Region hier – als einer von wenigen Ausnahmen – bisher keine entsprechenden regionalplanerischen Aktivitäten im Bereich vorbeugender Klimaschutz festzustellen waren. Hier bietet Ihr Prozess der Fortschreibung des Regionalplans sicherlich eine gute Gelegenheit, dies zu ändern.

Auch beim Thema regionale Energiekonzepte zeigen sich im traditionellen „Energiewestland“ Nordrhein-Westfalen noch große Lücken. Rheinland-Pfalz ist hier z. B. ein bisschen weiter. Auch Hessen will solche Konzepte jetzt flächendeckend für alle Regionen einführen – angeregt durch die Landesplanung. Man versucht dabei die Potenziale z. B. für die Zukunftsfelder Wind-, Solar- und Bioenergie zu ermitteln und dann auf Basis von Konzepten Maßnahmen umzusetzen. Aus solchen regionalen Energiekonzepten – sofern vorhanden – sollte eine Region dann auch wiederum Aussagen für den Regionalplan ableiten.

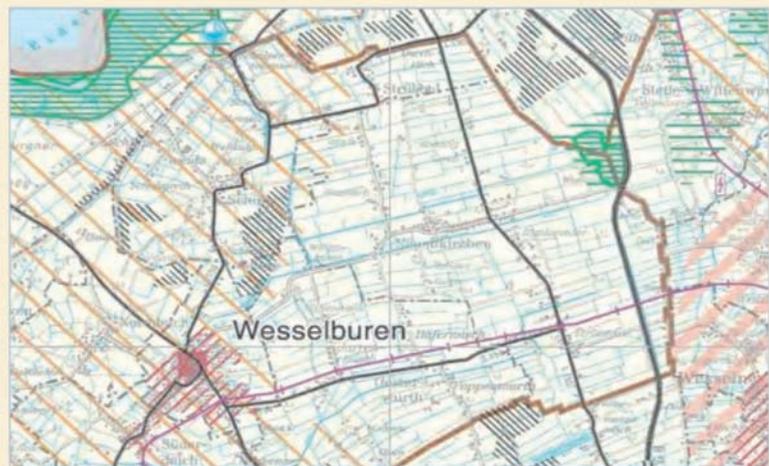
Dies ist auch eine Frage des aktiven Strukturwandels bzw. der aktiven Regionalentwicklung. Hier möchte ich das Beispiel der Lausitz nennen, als einer Region, die jahrzehntlang an einem bestimmten Energieträger hing, nämlich der Braunkohle. Die Märkte sind weitgehend weggebrochen bzw. werden perspektivisch wegbrechen. Daher hat die Region vor ungefähr sieben bis acht Jahren ganz offensiv entschieden, dass sie sich weiterhin als eine Energieregion sehen, aber als eine, die zukünftig auf neue Energieträger wie die Windkraft setzt und so neue Wertschöpfung in der Region schafft. Das hat man – wie andere Regionen auch – schon recht erfolgreich umgesetzt. Vielleicht ist dies auch ein Modell für das traditionelle „Kohleland“ NRW. Es geht in jedem Fall perspektivisch darum, inwieweit man auch nach dem absehbaren Ende der „fossilen Zeit“ noch Einnahmen und Arbeitsplätze im wichtigen Energiesektor wird verzeichnen können.

Klimaschutz und erneuerbare Energien sind im Übrigen auch deswegen ein zentrales Thema der Regionalplanung, weil es hier keine Fachplanung gibt. Windenergie z. B. ist ein ureigenes regionalplanerisches Thema, da es regelmäßig um kommunenübergreifende Auswirkungen sowie Raumnutzungskonkurrenzen geht und man innerhalb eines überörtlichen Ansatzes am ehesten die konfliktärmsten Bereiche identifizieren kann. Der Regionalplan ist dafür eindeutig das geeignetste zentrale Steuerungsinstrument. Die meisten anderen Länder sind hier nach meiner Beobachtung schon weiter – ohne die Situation in Nordrhein-Westfalen genau zu kennen.

Wichtig ist natürlich, mit welchem Instrument man Gebiete für die Windenergienutzung regionalplanerisch sichert. Da gibt es immer verschiedene Ansätze. Man kann das mit sogenannten „Eignungsgebieten“ gemäß Raumordnungsgesetz machen. Die haben gleichzeitig eine Ausschlusswirkung an anderer Stelle zur Folge. Man kann das aber auch mit reinen „Vorranggebieten“ machen, die sicherstellen, dass sich die regenerative Energienutzung in der Region hinreichend durchsetzt. Vorranggebiete begründen dabei nur innerhalb des für die Windkraftnutzung ausgewiesenen Gebietes den Vorrang

für die Windenergienutzung, so dass die Kommunen außerhalb dieser regionalplanerischen Vorranggebiete weiterhin selber den Spielraum haben, den Umgang mit der Windkraftnutzung zu regeln. Das sind jetzt allerdings eher technische Details. Festzuhalten bleibt jedoch, dass die meisten anderen Länder wahrscheinlich ein klein bisschen weiter sind, als NRW. So geht man z. B. in meinem Bundesland Hessen derzeit in Regionalplänen das Thema Windenergie offensiver an, als früher.

Windeignungsgebiete Regionalplan IV Schleswig-Holstein



In anderen Regionen, vor allem in Südwesten Deutschlands, ist inzwischen auch das Thema Photovoltaik auf der Tagesordnung. Das ist eigentlich vom Maßstab her zumeist eher etwas, das im Bereich Bauordnungsrecht und vielleicht im Bereich der Bauleitplanung relevant ist. In entsprechend geeigneten Gebieten mit hoher Sonneneinstrahlung kann es aber eben auch zu einem Flächenthema werden mit regionaler Bedeutsamkeit. Und da hat die Region Karlsruhe meines Wissens nach als erste Region in Deutschland regionalplanerische Vorbehaltsgebiete für Photovoltaikanlagen ausgewiesen. Das ganze ist dabei gekoppelt mit integrierten Regionalentwicklungsansätzen zu den Themen Energie und Klimaanpassung.

Das waren jetzt ein paar Ausführungen und Beispiele für vorbeugenden Klimaschutz in der Raumordnung. Wir sollten uns aber auch der Frage stellen, wie können sich denn zukünftige Klimaänderungen auf unsere Planaussagen auswirken oder auf das, was dann auf Basis der Planaussagen umgesetzt wird? Das Stichwort ist hier prognostische Klimaabschätzung. Das könnte durchaus ein Thema für die Raumplanung werden. Wenn

Sie sich diesen Frage nähern, dann werden Sie merken, dass eine ganze Menge von bereits bestehenden regionalplanerischen Instrumenten – wie z.B. die Darstellung von Überschwemmungsbereichen – doch in einem etwas anderen Licht erscheinen. Sie können dabei vielleicht noch eine stärkere Bedeutung erhalten, als es bislang der Fall war. Sehr wichtig ist aber natürlich das Vorhandensein von Fachgrundlagen, um überhaupt Empfindlichkeiten einschätzen zu können.

Was kann man nun im Bereich der Klimaanpassung auf der regionalen Ebene machen? Beginnen wir beim Thema Siedlung und Siedlungsumgebung. Dies ist natürlich immer ein regionalplanerisches Kernthema. Hier gibt es in Ihrer Region ja das etablierte Instrument der regionalen Grünzüge. Regionale Grünzüge werden in der Regel ohnehin multifunktional begründet und dabei auch im Hinblick auf klimatische Aspekte. Im Rahmen der Befassung mit Klimaanpassung kann man ein solches Instrument neu diskutieren. Hier kann es z.B. um Bedeutungsgewinne von Naherholungsgebieten und Kaltluftschneisen angesichts der Zunahme heißer Tage gehen. Es ergeben sich aber evtl. auch je nach Standort interessante Fragestellungen im Wechselspiel mit den Debatten über das Leitbild Innen- vor Außenentwicklung.

Ein weiteres Thema, das in NRW weitgehend bekannt sein dürfte, sind Festlegungen zum vorbeugenden Hochwasserschutz in Regionalplänen. Es kann aber in diesem Kontext auch darum gehen, sich mit den Gebieten zu befassen, in denen Hochwasser entstehen kann, z.B. durch zunehmende Versiegelung. Ein weiteres potenzielles Thema: Rückbau in besonders gefährdeten Gebieten. Dies scheitert natürlich (fast) immer schon am Bestandsschutz. Man kann aber zumindest die Frage diskutieren, ob man besonders kritische, gefährdete Siedlungsbereiche, regionalplanerisch nicht mehr als Siedlungsbereich ausweist. Im Bereich Oberes Elbtal (Erzgebirge), das 2002 sehr stark gebeutelt von Hochwasser war, ist man da schon sehr weit gegangen. Dort weist man sogar bestimmte Schwerpunktbereiche aus, in denen man dann auch über Rückzugsstrategien nachdenken kann.

Zum Handlungsfeld Land- und Forstwirtschaft: Hier kann es durch den Klimawandel zu Verschiebungen der Anbauggebiete bzw. den Wegfall von Anbaugebieten kommen. Im sächsischen Raum ist es tatsächlich so, dass die Landwirtschaft allmählich den Rückzug in die Höhen anfängt, weil es einfach in den Tiefenlagen heißer wird und bestimmte Produkte sich nicht mehr anbauen lassen. Regionalplanerisch kann man z.B. überlegen, etwaige Vorranggebiete für die Landwirtschaft nicht mehr in zunehmend von extremer Trockenheit bedrohten Gebieten festzulegen. Auch Waldvermehrungsgebiete sind denkbar, z.B. um für heiße Tage mehr Wälder für die Naherholung und Kaltluftentstehung zur Verfügung zu haben.

Fazit

Die Regionen und speziell die Regionalplanungsträger haben im Bereich des Klimawandels eine hohe Verantwortung. Dies ist eines der zentralen planerischen Zukunftsfelder.

Beim vorbeugenden Klimaschutz, d.h. der „Mitigation“, sollten Regionalplanungsträger hinreichend groß dimensionierte Bereiche für raumbedeutsame Vorhaben regenerativer Energieerzeugung sichern. Dies gilt insbesondere für die Windkraftnutzung. Die Regionalplanung muss aber u.a. auch dazu beitragen, dass die Siedlungs- und Verkehrsstrukturen möglichst wenig Treibhausgasemissionen zur Folge haben. Sinnvoll ist ein gesamthafter Ansatz, bei dem Vorgaben des Regionalplans eingebettet sind in integrierte regionale Energiekonzepte.

Im Bereich der „Adaption“, d.h. der Anpassung an den Klimawandel sollte das Hauptaugenmerk auf der systematischen Anpassung von Nutzungen an zukünftige Klimabedingungen liegen. Dies ist auf Basis guter Fachgrundlagen durch moderate Weiterentwicklung regionalplanerischer Kategorien (z.B. regionale Grünzüge) möglich. Prioritäre Themen sind Siedlungsklima, Grund- und Hochwasser, Land- und Forstwirtschaft sowie Natur und Landschaft.

Weitere Informationen finden Sie auch in den Ergebnissen des Modellvorhabens „Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel“. Wir werden in einem halben Jahr mit dem Projekt fertig sein, so dass Sie dann noch konkretere Handlungsempfehlungen erwarten können. Link zur Webseite:

<http://www.klimamoro.de/index.php?id=2>

Vielen Dank!

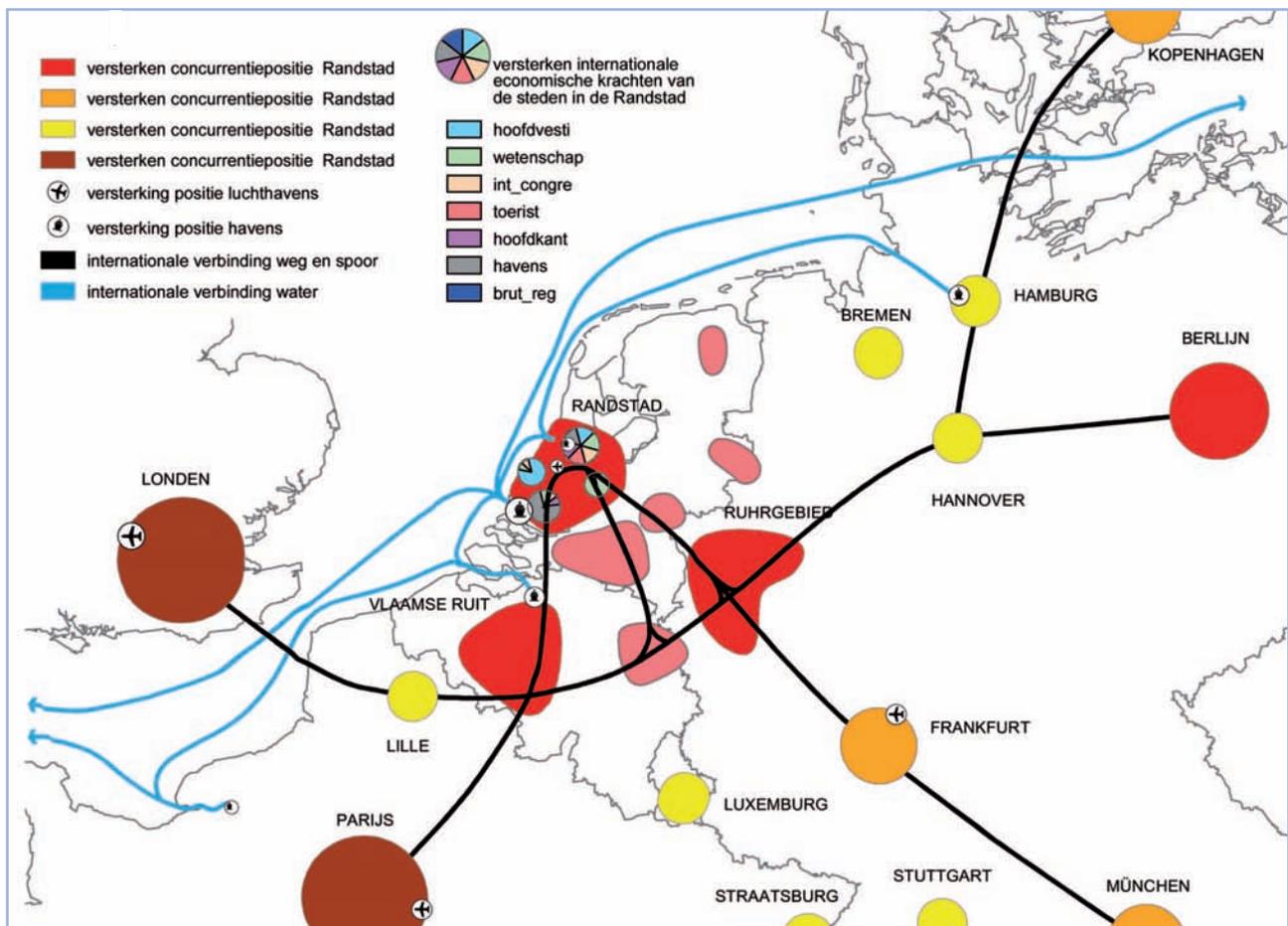




Ein neuer Stil in der Raumplanung: Entwicklungsorientierung und Zusammenarbeit im Rahmen der »Gebietsentwicklung« Herr Arjen van der Burg

1. Räumliche Dynamik in den Niederlanden

Die Niederlande sehen sich selbst gern als Drehscheibe Europas, obwohl sie – aus deutscher Perspektive betrachtet – eher am Rande des Kontinents liegen. An beiden Sichtweisen ist wohl etwas Wahres dran. Auf jeden Fall sind wir zweifellos mit Deutschland im großen Eurodelta, also dem Delta von Rhein, Maas und Schelde, geographisch und wirtschaftlich verankert.



Unsere Raumordnungspolitik hat in den vergangenen zwanzig Jahren entschlossen und ideenreich an diese Gegebenheit angeknüpft. Unsere zwei großen Mainports, Rotterdam und Schiphol, spielen im Eurodelta eine wichtige Rolle.

Das Konzept des »Mainports« wurde von den Gestaltern der nationalen Raumordnungspolitik entworfen; später haben sich jedoch viele bei uns wieder davon distanziert. Im Zuge des europäischen Binnenmarktprojekts »Europa 1992« realisierten die Gemeinden und Provinzen mit Mitteln des Reichs und im Rahmen nationaler Rechtsvorgaben ein ausgesprochen erfolgreiches Programm zum Ausbau der Mainports. In diesem Zusammenhang entstanden die Betuwe-Linie, die Hochgeschwindigkeitsstrecke Süd, die Zweite Maasvlakte zum Ausbau des Rottdamer Hafens und die fünfte Start- und Landebahn des Flughafens Amsterdam-Schiphol.



Außerdem wurde der Bau beziehungsweise Umbau von sechs großen Bahnhöfen in Angriff genommen, um die Niederlande für das Hochgeschwindigkeitszeitalter fit zu machen. Eine Hochgeschwindigkeitsstrecke Ost wurde leider nicht gebaut. Bei all diesen Projekten musste eine sorgfältige räumliche Einpassung erfolgen; Beispiele sind der breite Grüngürtel um Schiphol und die Schaffung einer 750 Hektar großen Naturfläche zum Ausgleich für den Bau der Zweiten Maasvlakte im Meer.

Ich erwähne das, weil das Entwerfen ehrgeiziger und zukunftsweisender Konzepte in unseren Augen eine der wichtigsten Aufgaben der Raumordnung ist. Mit einer Raumordnungspolitik, die nur Grenzen setzt, macht man sich keine Freunde. Darauf werde ich später noch zu sprechen kommen.

Das erwähnte Mainport-Programm nähert sich seiner Vollendung, spätestens wenn der Anschluss der Betuwe-Linie an das deutsche Netz mit dem dreigleisigen Ausbau der Strecke zwischen der niederländischen Grenze und Duisburg abgeschlossen wird. Darum sind wir auf der Suche nach einer neuen Perspektive. Aber nicht nur das. Wir suchen auch nach neuen Wegen für die Organisation des Zusammenspiels der verschiedenen Akteure. Der Einfluss der staatlichen Behörden ist nämlich zurückgegangen, etwa im Bereich der Seehäfen, die nach und nach privatisiert und in Aktiengesellschaften in öffentlicher Hand mit weitreichender Handlungsfreiheit umgewandelt werden. Zugleich wächst bei den Seehäfen der Einfluss großer ausländischer Logistikunternehmen wie Maersk oder MSC. Auch Umweltorganisationen und örtliche Interessengemeinschaften sind in diesen dichtbesiedelten Regionen zu wichtigen Akteuren geworden. Die Finanzkrise hat den Handlungsspielraum des niederländischen Staates stark eingeengt.

Die veränderten Einflussverhältnisse zwischen den beteiligten Akteuren erfordern einen anderen Planungsstil, wobei dies nicht nur die Mainports betrifft, sondern eigentlich die meisten Gebiete mit großer räumlicher Dynamik. Diesen neuen Planungsstil nennen wir »Gebietsentwicklung«. Dieses Konzept verbindet die nachhaltige Entwicklung großer Gebiete mit der Bildung verschiedener Allianzen, in denen der Staat einer der Partner ist.

2. Entwicklung versus Begrenzung

In der Raumplanung und der Raumpolitik wird fortwährend über das Verhältnis zwischen der Entwicklung von Gebieten und der Begrenzung der Entwicklung zum Schutz bestimmter Werte diskutiert. Mit dem bisher in der Raumordnung zur Verfügung stehenden juristischen Instrumentarium werden Gebiete geschützt, indem ein Nutzungszweck definiert wird. In einer Welt, die einem steten Wandel unterworfen ist – ob nun aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen oder durch den Klimawandel –, reicht das aber nicht aus. Wenn man die gesellschaftliche Dynamik einschränken will, indem man Entwicklungen in bestimmten Gebieten unterbindet, braucht man sehr gute Argumente und starke Akteure, die diese Argumente vertreten. Beim Schutz »offener Räume«, bei denen es sich nicht um ausgewiesene Naturgebiete handelt, haben wir folgende Lektion gelernt: Wird einseitig ein juristisch-raumordnerisches Regime eingesetzt, das in erster Linie Einschränkungen beinhaltet, zieht dies unablässige, unangenehme Grenzstreitigkeiten nach sich. Ein solches Regime ist nicht von Bestand. Nur wenn schwerwiegende Argumente in Bezug auf Naturwerte oder seltene kulturhistorische Werte vorliegen, können solche reinen Schutzmaßnahmen funktionieren. Denn hinter diesen Argumenten stehen

wiederum branchenspezifische und europäische Rechtsvorschriften – und starke Interessengruppen.

Wenn wir in der Raumplanung als der »Geist, der stets verneint« auftreten, kommen wir nicht weit, und angenehm ist diese Rolle auch nicht. Wir haben gelernt, dass für einen sinnvollen Beitrag der Raumplanung zur nachhaltigen Entwicklung eines Gebiets drei Dinge nötig sind:

1. Visionen oder Strategien, die eine klare Zukunftsperspektive beschreiben;
2. Instrumente, die einen Rahmen für konkrete Beschlüsse vorgeben – rechtliche Bestimmungen, Vereinbarungen, Finanzierung, Kompetenz und Experimente;
3. Investitionsprojekte, die die physische Realität verändern.

Diese drei Faktoren müssen gegeben sein, und zwar in Kombination. Anreize und Belastungen müssen Hand in Hand gehen. In der Praxis sind derartige Projekte für die Raumplaner auf nationaler Ebene oder auf Provinzebene am problematischsten, da die Investitionsmittel nicht »aus dem eigenen Hause« stammen, sondern von anderen Ministerien, von privater Seite oder von Gemeinden bereitgestellt werden. Damit Raumplaner einen sinnvollen Beitrag zu den Projekten leisten können, ist daher Zusammenarbeit unbedingt erforderlich.

Gebietsentwicklung bietet eine wichtige Handhabe für die Verknüpfung von Visionen, Instrumenten und Projekten sowie für die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Akteuren. Es wurde sogar ein eigener Lehrstuhl zu diesem Thema an der Technischen Universität Delft eingerichtet.

An dieser Stelle möchte ich den Begriff Gebietsentwicklung kurz erläutern; anschließend werde ich auf den Aspekt der Zusammenarbeit eingehen.

3. Gebietsentwicklung: Definition und Beispiel

Der Begriff Gebietsentwicklung bezeichnet einen Stil der Raumplanung, bei dem Akteure aus den verschiedensten Bereichen zusammengebracht werden, die Folgendes verbindet:

1. die Überzeugung, dass ein bestimmtes Gebiet anders gestaltet oder genutzt werden muss;
2. die Bereitschaft, gemeinsam über mehrere Jahre hinweg nach einer neuen Lösung für dieses Gebiet zu suchen und diese Suche mit verbindlichen Vereinbarungen und Beschlüssen zu besiegeln, und
3. der Wille, im Rahmen ihrer finanziellen Mittel, ihrer Befugnisse, mit eigenen Flächen oder anderweitig zur Umsetzung der letztlich beschlossenen Pläne beizutragen.

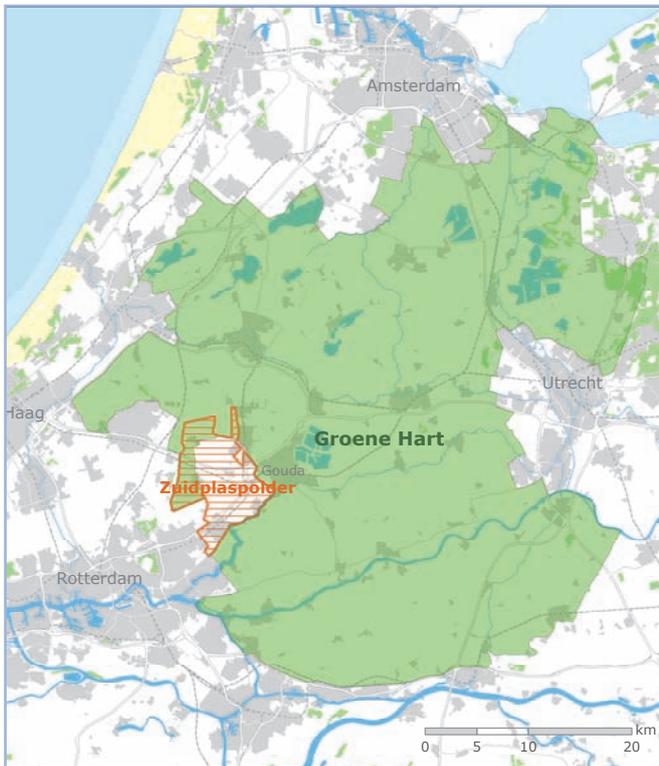
Man geht davon aus, dass mit einer kohärenten physischen Entwicklung bessere Ergebnisse erzielt werden als mit voneinander unabhängigen Entwicklungen. Für die Richtigkeit dieser Annahme gibt es mittlerweile auch Belege.¹

Raumplaner sollten sich dabei als Dienstleister verstehen – schließlich sind es die federführenden Akteure, die letztlich ein Vorhaben realisieren wollen. Entwerfende Disziplinen wie Städteplanung und Landschaftsarchitektur sind dabei nützliche Hilfsmittel.

Ich möchte Ihnen das Ganze gern anhand eines Beispiels veranschaulichen: der »Zuidplaspolder«, gelegen zwischen Gouda und Rotterdam.

Der 1840 vollendete Polder umfasste sechs Gemeinden und lag im sogenannten Grünen Herzen, der grünen Lunge des Ballungsgebiets Randstad. In dem ursprünglich rein landwirtschaftlich genutzten Gebiet wurden nach und nach Gewächshäusern errichtet, was letztlich eine Form der Verstädterung ist. Um die Rotte – den Fluss, dem Rotterdam seinen Namen verdankt – entstand in den Jahren zwischen 1960 und 1970 ein großes Erholungsgebiet. Da der Polder Teil des Grünen Herzens [dia] war, trugen Reich und Provinzen dafür Sorge, dass der Verstädterungsprozess nicht weiter fortschritt. Lange Zeit waren sie damit auch erfolgreich.

¹ ECORYS, Financiële meerwaarde integrale gebiedsontwikkeling (Finanzieller Mehrwert der integrierten Gebietsentwicklung), 2010, Studie im Auftrag des Ministeriums für Verkehr, Wasserwirtschaft und öffentliche Arbeiten.



Der Druck von außen wurde jedoch immer größer: die Städte Rotterdam und Gouda stießen an ihre räumlichen Grenzen und warfen begehrliche Blicke auf den Polder, wo man neuen Wohnraum schaffen wollte. Die Gemeinden erhofften sich neue Gewerbegebiete – zu verlockend war die Nähe der hier verlaufenden Autobahnen. Der erste offene Eingriff erfolgte in den achtziger Jahren, als die Stadt Gouda mit der Planung einer neuen Wohnsiedlung begann. Später entwickelte sich in der Randstad Bedarf nach neuen Gewächshäusern, und das Landwirtschaftsministerium vereinbarte mit dem Gartenbausektor, dass 200 Hektar des Zuidplaspolders für Gewächshäusern genutzt werden durften. Zwei gesonderte Pläne, die man im Prinzip unabhängig voneinander hätte realisieren können. 1999 beantragte die Stadt Rotterdam jedoch, die Grenze des Grünen Herzens zu verlegen, um bis zum Jahr 2010 den Bau von 35.000 neuen Wohnungen zu ermöglichen. Von Gewächshäusern keine Rede!

Schon vier Jahre zuvor, 1995, hatte das Hochwasser die Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt, dass der Zuidplaspolder einer der am tiefsten gelegenen Polder der Niederlande ist. [dia] Daraufhin wurde die Frage laut, wie man in den Ministerien so unvernünftig sein konnte, in diesem Gebiet Wohnungsbauprojekte zu genehmigen.

Und das war sozusagen die Initialzündung: Im Zuidplaspolder gab es viele Interessen, die nicht ohne weiteres miteinander vereinbar waren und die größtenteils unabhängig voneinander verfolgt wurden.

Gebietsentwicklung als Antwort auf dieses Problem wurde Schritt für Schritt in der Praxis unter Federführung der Provinz Südholland entwickelt. Das Reich ermöglichte Entwicklung, indem die Grenzen des Grünen Herzens tatsächlich verlegt und darüber hinaus vier Ministerien am Planungsprozess beteiligt wurden. Weitere Akteure sind zwei Wasserverbände, die Industrie- und Handelskammern, der Unterglasgartenbau-Verband, der Verband der Bauunternehmer und sieben Natur- und Umweltschutzorganisationen.

Mittlerweile liegt ein formaler Rahmenplan – die sogenannte Strukturvision – der fünf beteiligten Gemeinden vor, die inzwischen übrigens zusammengelegt wurden. Es wurde eine Grundstücksbank gegründet, an der private Entwickler beteiligt sind. Für Teilprojekte stellt das Reich Mittel in Höhe von 24 Millionen Euro bereit, etwa für die beschleunigte Schaffung neuer Sumpfgebiete oder den Bau nachhaltiger Gewächshausanlagen, die gut in die Landschaft integriert sind. Die Gesamtkosten der Baulanderschließung belaufen sich auf 172 Millionen Euro.

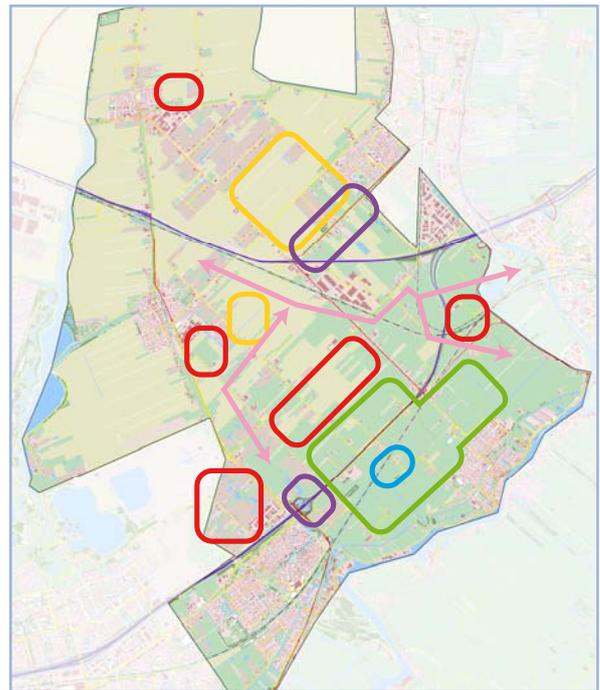
4. Zusammenarbeit

Zusammenarbeit ist eine Grundvoraussetzung für Gebietsentwicklung. Sie kann verschiedene Akteure betreffen; auf drei möchte ich näher eingehen.

Zunächst einmal, nicht zu vergessen: die Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften. Ein klassisches Beispiel hierfür ist das Thema Stadtentwicklung und Infrastrukturplanung. In den Niederlanden wird der Staat auch künftig in die Verkehrsinfrastruktur investieren. Und das ist auch notwendig, denn städtische Entwicklung ist ohne eine gute und koordinierte Infrastrukturentwicklung nicht denkbar. Stadtregionen ver-

zeichnen in diesem Zusammenhang übrigens bessere Erfolge als das Reich. Im Zuge gemeinsamer Projekte, politischer Strategiepapiere und erst kürzlich im Rahmen des sogenannten Mehrjahresprogramms für Infrastruktur, Raumordnung und Transport (MIRT) hat sich auf Reichsebene auch eine kleine Tradition entwickelt.

Das MIRT-Programm ist ein mehrjähriges Investitionsprogramm des Reichs für den gesamten physischen Sektor: Verkehr, Wasserwirtschaft, Landwirtschaft, Natur, Verstädterung, Wirtschaft, Energie usw.. Die Budgets sind noch getrennt, aber die Projekte werden gemeinsam vorbereitet, und für acht Regionen haben das Reich und die Regionen gemeinsam sogenannte Gebietsagenden erstellt, auf deren Grundlage neue Projekte erarbeitet werden. Vielleicht wäre dieses Konzept ja auch in Deutschland anwendbar. Immerhin ist der Bundesverkehrsminister auch für die Raumordnung zuständig.



Der zweite Punkt, auf den ich in diesem Zusammenhang eingehen möchte, ist die interkommunale Zusammenarbeit, die häufig eine Voraussetzung für den Erfolg von Gebietsentwicklungsmaßnahmen ist, da die Kommunen entscheidende Akteure auf dem Grundstücksmarkt und auf dem Markt für Raumnutzungen sind. Zusammenarbeit gestaltet sich für Gebietskörperschaften schwierig und ist längst nicht in allen Fällen lohnend. Die Bereitschaft zur Kooperation hängt von verschiedenen Faktoren ab. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass freiwillige interkommunale Zusammenarbeit eine heikle Angelegenheit ist. Pragmatische Kooperationsprojekte mit dem Ziel, die Kapazitäten der eigenen Durchführungsstellen effizienter zu nutzen, etwa bei Sozial- und Umweltbehörden oder Gesundheitsämtern, verlaufen meist problemlos. Strategische Zusammenarbeit, die auf eine optimale Zukunftsperspektive für ein größeres Gebiet abzielt, ist dagegen selten und außerdem problematisch. Begünstigt wird eine solche Zusammenarbeit vor allem durch natürliche Gegebenheiten und andere Formen unausweichlichen Drucks von außen. Ein weiterer gewichtiger Faktor sind Versuchungen, die von außen an die Gemeinden herangetragen werden. Eine geringere, aber deshalb nicht unbedeutende Rolle spielen gemeinsame Vorstellungen über Vorteile, die man in Zukunft erlangen könnte, eine gemeinsame Kultur oder regionale Identität und schließlich persönliche Führungsstärke.

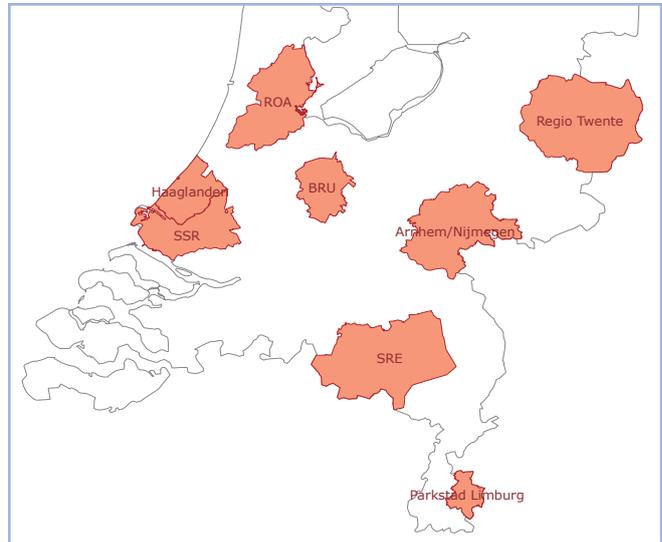
Zu den natürlichen Gegebenheiten ist zu sagen, dass es in städtischen Gebieten bereits seit geraumer Zeit gesellschaftliche Zusammenhänge auf überlokaler Ebene gibt (man spricht hier von einem »Daily Urban System«). Bei Verkehrsangelegenheiten ist man sich der grenzüberschreitenden Aspekte häufig bewusst – ich denke hier zum Beispiel an Ihren Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und vergleichbare Verkehrsgemeinschaften in den Niederlanden –, in den Bereichen Wohnen und Industrie ist das aber viel seltener der Fall. Zusammenarbeit innerhalb ein und desselben Abwasserentsorgungsgebiets ist meist erfolgreich. Bei der Planung von Büroflächen und Gewerbegebieten ist Kooperation dagegen häufig zum Scheitern verurteilt: hier herrscht auf der interlokalen Ebene nach wie vor eine gewisse Anarchie, die sich in verschiedenen Regionen des Landes nun in einem gewaltigen Überangebot an Büro- und Gewerbeflächen manifestiert.

Auch den Faktor des Drucks von außen in Kombination mit externen Versuchungen möchte ich näher erläutern. In der jüngsten Vergangenheit hat der niederländische Staat mit verschiedenen Maßnahmen die Zusammenarbeit in acht großstädtischen Agglomerationen rigoros gefördert.

So wurden auf der Grundlage von spezifischen Entwicklungsprogrammen, die für die jeweiligen Regionen erarbeitet wurden (die sogenannten Vinex-Vereinbarungen, siehe meinen Artikel in RuR), die Mittel für Infrastrukturmaßnahmen dezentralisiert. Auch die Mittel für Umwelt- und Wohnungsbauprojekte wurden dezent-

ralisiert, sie wurden aber nicht in die Verantwortung der Gemeinden gegeben, sondern in die Verantwortung starker Kooperationsverbände, die aufgrund einer neuen gesetzlichen Regelung eigens zu diesem Zweck gegründet wurden. Ohne interkommunale Organisation gab es schlicht kein Geld. (Die Bedeutung staatlicher Mittel hängt mit den ungewöhnlich geringen eigenen Steuereinnahmen der niederländischen Gemeinden zusammen.)

Dieser Kooperation liegt ein Gesetz zugrunde, das acht städtische Regionen zur überörtlichen Zusammenarbeit im physischen Sektor verpflichtet. Das Gesetz war und ist in politischen Kreisen umstritten, weil sich die Provinzen in ihrem Handeln von den städtischen Regionen beeinträchtigt sehen, da die politische Rechte eine Autonomie der Gemeinden in der Raumplanung anstrebt und da viele nur eine direkt gewählte Verwaltung als »demokratisch« ansehen. Eine kürzlich durchgeführte Evaluierung des Gesetzes hat ergeben, dass es seinen Zweck erfüllt und insbesondere in den Bereichen Raumordnung, Infrastruktur und Umwelt seinen Nutzen bewiesen hat. Für den Bereich Jugendhilfe kann man das allerdings nicht sagen.



Personen und Kulturen sind natürlich ebenfalls wichtige Faktoren. Die Metropolregion Amsterdam und die Region Eindhoven/Südostbrabant sind Musterbeispiele für gut funktionierende, sowohl intern als auch extern erfolgreiche Kooperationen, deren Aktivitäten weit über das vom Reich geforderte Maß hinausgehen. Und das übrigens nach Jahrzehnten der Feindschaft und des Neids. Insbesondere Amsterdam kann auf eine lange Tradition zurückblicken, wenn es um die Entwicklung regionaler Perspektiven geht, die letztlich auch für die angrenzenden Gebiete interessant sind. Das Bewusstsein, dass man zu den großen europäischen Metropolregionen gehört, spielt hierbei sicherlich auch eine Rolle.

Schließlich möchte ich auf die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Stellen und Dritten zu sprechen kommen. Diesen Aspekt werde ich am Beispiel der sogenannten Hafenallianz erläutern. Für die künftige Entwicklung der großen Seehäfen sind verschiedene Akteure ausschlaggebend: die kommerziellen Hafenbetreiber, die jeweiligen Kommunen, außerdem die für die Hinterlandverbindungen, andere Infrastruktur und für die Durchsetzung beispielsweise von Umweltvorschriften zuständigen Behörden sowie Logistik- und andere Unternehmen, die in vielerlei Hinsicht die freie Wahl haben, wenn es um die Häfen zwischen Hamburg und Le Havre geht. Die Häfen selbst, insbesondere Amsterdam und Rotterdam, sind für die Metropolregionen – und damit für die Randstad und die gesamten Niederlande – enorm wichtig. Für die Ausarbeitung und Umsetzung einer neuen und kollektiven Zukunftsperspektive haben sich die großen Seehäfen der Niederlande (Rotterdam, Amsterdam, Groningen und Seeland) mit dem Verkehrs-, dem Wirtschafts- und dem Raumordnungsministerium in einer temporären Allianz zusammengeschlossen. Dabei wurden keine verbindlichen Beschlüsse gefasst, vielmehr geht es um Absichtserklärungen und Arbeitsvereinbarungen. Zunächst einmal arbeiten wir an gemeinsamen Szenarien und SWOT-Analysen (strength, weaknesses, obstacles and tasks). Spannend ist dabei die Frage, was vertraulich miteinander geteilt, was politisch genutzt und was letztlich gemeinsam umgesetzt werden kann.



II. Ausblick auf den zukünftigen Prozess

Neue Perspektiven für die Region

Herr Landrat Petrauschke (Vorsitzender des Regionalrats)

Die Auftaktveranstaltung für die Fortschreibung des Regionalplans war ein guter Beginn eines langen und für unsere Region wichtigen Prozesses. Experten mit Außensicht haben aus unterschiedlichen Blickwinkeln berichtet, wie eine erfolgreiche Regionalplanung aussehen kann. Für uns als Regionalrat ist es nun wichtig, diese präsentierten und diskutierten Ideen mit Leben zu füllen.

Das bedeutet, nun startet in der Region ein gemeinsamer Prozess. Alle Akteure der Region können und sollen sich und ihre Ideen einbringen, damit wir auch in Zukunft eine erfolgreiche Region sind. Das Motto, das über dem Prozess steht, „REGIONAL zusammen WACHSEN“ greift ein Grundanliegen des Regionalrates und damit unserer Region auf: sich eben als Region fühlen und gemeinsam qualitativ wachsen.

In den zurückliegenden Jahren hat die Arbeit im Regionalrat gezeigt, wie wichtig es ist, die Sichtweisen und die Perspektiven der Kommunen bei der Planung ernst zu nehmen und im Einklang mit der Regionalplanung nach Wegen zu suchen. Von zentraler Bedeutung bei der Fortschreibung des Regionalplans sind natürlich die Ideen und Positionen der Akteure in der Region. Externe Impulse wie bei der Auftaktveranstaltung sind wichtig, aber das Wissen über die Besonderheiten und Erfordernisse vor Ort bilden das Rückgrat eines jeden regionalplanerischen Prozesses. Henry Ford hat erfolgreiche Zusammenarbeit einmal so ausgedrückt und dies möchte ich als Sinnbild für die heutige Veranstaltung und der Zukunft begreifen:

„Zusammenkommen ist ein Beginn,
zusammenbleiben ist ein Fortschritt,
zusammenarbeiten ist ein Erfolg.“

Mein inhaltlicher Hauptwunsch ist es, dass wir gemeinsam die Weichen stellen für eine nachhaltige Entwicklung, die der Wirtschaft neue Impulse gibt, Ressourcen schont und die auf für alle verlässlichen Rahmenbedingungen basiert.

Es ist momentan der richtige Zeitpunkt, sich nicht auf dem bisher Erreichten auszuruhen, sondern den Wandel in unserem Gemeinwesen zu gestalten. Sich im nationalen und internationalen Wettstreit gut zu positionieren sowie Arbeitsmarkt und Strukturfragen zu lösen, das steht bei uns allen auf der Tagesordnung und bedarf heute mehr denn je der Zusammenarbeit in der Region. Bei ökonomischen Fragen werden überörtliche Kooperationen an Bedeutung gewinnen, um im Konzert des internationalen Standortwettbewerbs mitspielen zu können. Die Unternehmen in unserer Region siedeln, produzieren und handeln frei von den Kommunalgrenzen.

Ihnen ist die Region wichtig. Hieran sollte sich unser regionalpolitisches Handeln orientieren. Die Verwendung knapper werdender öffentlicher Mittel bedarf der Abstimmung, damit wir den regionalen Mehrwert maximieren. Strategien zur Bewältigung des demographischen Wandels müssen erarbeitet werden. Es liegt nicht in unserem gemeinsamen Interesse, wenn eine Kommune versucht, sich auf Kosten anderer Kommunen Einwohner zu sichern. Der neue Regionalplan wird hier ein wichtiges Instrument sein, um bei all diesen Themen die Interessen aller Akteure fair zu berücksichtigen und zu gewichten.

Wir haben bei allen unseren Entscheidungen in diesem Prozess auch eine Verantwortung, die über unsere Region und unsere Generation hinaus geht. Dabei spreche ich exemplarisch den Klimawandel an. Hier ist die Regionalplanung ein Schlüsselakteur. Ich erhoffe mir aber, dass wir die Aufgabe des Klimaschutzes nicht als Last sehen. Gerade im Energieland NRW sollten wir den Mut haben, dabei offensiv auch unsere ökonomischen Chancen zu suchen und umzusetzen. Es gilt, Beschäftigung und Umsätze im Energiebereich auch langfristig für unsere Region zu sichern und die Märkte von morgen zu besetzen. Ökonomische Dynamik und Umweltschutz müssen kein Widerspruch sein.

Ich weiß, dass lokal zum Teil bereits intensiv über die künftigen Inhalte der Regionalplanung diskutiert wird. In den nächsten Wochen werden daher in Planergesprächen in den Kreisen und kreisfreien Städten, sowie mit regionalen Akteuren aus den Bereichen Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Energie systematisch Ideen und Anregungen gesammelt und strukturiert. Ich erhoffe mir, dass darauf aufbauend innovative und belastbare Strategien und Leitlinien erstellt werden können, die dann die Basis für einen ersten Planentwurf bilden können.

Abschließend möchte ich mich bei allen Teilnehmern der Auftaktveranstaltung bedanken. Die für mich an einem Freitagnachmittag überraschend große Resonanz zeigt, dass die Region sich der Bedeutung des anstehenden Prozesses bewusst ist. Nutzen wir ihn gemeinsam, um unsere starke Region noch stärker, noch zukunftsfähiger zu machen.



Landrat Hans-Jürgen Petrauschke
Regionalratsvorsitzender





